

LANDTAGS NACHRICHTEN

12. März

2 / 2015

www.landtag-mv.de



+++ Aktuelle Stunde zur Flüchtlingspolitik +++ Zehn Jahre Hartz IV +++ Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundes – Stand in Mecklenburg-Vorpommern +++ Finanzierung der Hochschulen +++ Kommunal Finanzen +++ Bewerbungs-Finale für Umweltpreis +++ Neues vom Plenarsaal-Bau +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker) Frühling im Burggarten des Schweriner Schlosses

3	GASTKOLUMNE	Thomas Hass (ZDF) zum Thema Einwanderung und Asyl
4–5	SPEZIAL	Holocaust-Gedenktag – Gedenkveranstaltung des Landtages für die Opfer des Nationalsozialismus
6–22	AUS DEM PLENUM	
6–7	Aktuelle Stunde	„Gemeinsame Verantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen“
8–11	Berichte	Aussprache zum Thema „Zehn Jahre Hartz IV“ Elektromobilität weiterentwickeln Finanzierung der Hochschulen weiterentwickeln
11–12	Weitere Beschlüsse	Rettungsdienstgesetz M-V TTIP-Verhandlungen (Investorenschutz ISDS) Erste Lesung Gerichtsstrukturgesetz von B'90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Gesetz zur Durchführung der Marktüberwachung bei Bauprodukten Einführung von Wildwarnreflektoren prüfen
13–22	Original-Debatte	Stand der Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages in Mecklenburg-Vorpommern – Aussprache zum Bericht der Landesregierung
23–25	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Finanzausschuss/Bildungsausschuss:</i> Beratung zum Bericht des Landesrechnungshofes zur Hochschulfinanzierung <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Informationsbesuch auf der Grünen Woche <i>Bildungsausschuss:</i> Informationsbesuch im Müritzeum <i>Finanzausschuss/Innenausschuss:</i> Nichtöffentliche Anhörung zu den Sondermitteln für die Kommunen <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Beratung des Standing Committee der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) in Brüssel EU-Ausschuss der Regionen <i>Agrarausschuss:</i> Bewerbsfinale für den Umweltpreis des Landtages 2014/2015 Beirat für das Biosphärenreservat Elbe
26–27	PANORAMA	Neubau Plenarsaal - Rückbau von Betoneinbauten der 1970er-Jahre

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Willkommenskultur. Aber ehrlich!

Ein Zwischenruf zur Aktuellen Stunde

50 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Krieg und Gewalt. Mehr als 4.300 Schutzsuchende im Nordosten. Dramatische Zahlen listet die SPD-Fraktion in der von ihr beantragten Aktuellen Stunde auf. Unser Land stehe vor einer großen Integrationsaufgabe. Eine gute, eine wichtige Debatte, stimmt DIE LINKE zu. Aber warum wird sie erst jetzt geführt, fragt ihr Fraktionschef voller Kritik.

In der Tat hatte das Flüchtlingsthema bislang wenig Raum im täglichen Politikgeschäft – mit schwerwiegenden Folgen. Pegida, MVgida und die vielen Gegenaktionen zeigen: es geht ein Riss durch die Gesellschaft. Auf der einen Seite stehen die Befürworter eines multikulturellen Lebens und der Vielfalt. Auf der anderen Seite werfen frustrierte Menschen Politikern Versagen vor. Sie fürchten, dass „die da oben die Probleme einfach nicht mehr unter Kontrolle“ haben.

Genau diese Politikverdrossenheit bestellt den Nährboden für die Rechtsextremen. Dass ausgerechnet Michael Andrejewski, der 1992 mit seinen hasserfüllten Flugblättern Öl in das ausländerfeindliche Feuer von Rostock-Lichtenhagen goss, nun im Landtag das Wort erhebt, wirkt befremdlich. Wie sehr der NPD das Schicksal von Asylbewerbern „am Herzen liegt“, demonstriert die Partei der Hitler-Verehrer und Holocaustleugner ganz offen auf den MVgida-Demos in Stralsund oder Schwerin. Wer sich dort einreihet, demonstriert Schulter an Schulter mit Rassisten, die das Leben „biologistisch“ begreifen wollen, mit den Gesichtern der deutschen Fremdenfeindlichkeit.

Zuwanderung als Chance und nicht als Bedrohung sehen, fordern dagegen die Grünen. Das gehöre zu einer ehrlichen Willkommenskultur. Ein oft benutztes Wort, aber wirklich gelebt wird es kaum, hat mir eine Flüchtlingsbetreuerin aus Ludwigslust erzählt. „Wir reden von Willkommenskultur, können aber nicht mal willkommen sagen, weil wir ihre Sprache nicht beherrschen“, ist ihre Erfahrung. So sollten zum Beispiel die Jobcenter Mehrsprachler einstellen, damit Asylbewerber auch nur annähernd eine Chance haben, sich durch den deutschen Bürokratie-Dschungel zu kämpfen, fordert sie. Oft käme es zu keiner oder missverständlicher Kommunikation. Dadurch würden viele Probleme gar nicht erst bearbeitet. Und sie berichtet von Ali, einem 18-jährigen



Foto: Oliver Lehmann

Thomas Hass (48), gebürtiger Rügauer, arbeitete viele Jahre für den NDR. Seit 2007 ist er Redakteur im ZDF Landesstudio Mecklenburg-Vorpommern.

Kriegswaisen aus Afghanistan. Nach vier Jahren in der Asylunterkunft durfte er in eine eigene Wohnung ziehen. Doch ganze sechs (!) Wochen brauchte das Amt, um festzustellen, dass Ali mit nichts aus der Asylunterkunft gekommen und die neue Wohnung tatsächlich leer ist. „Allein hätte Ali es nicht geschafft, etwas Geld für ein Bett, eine Couch und einen Schrank zu bekommen“, ist sich die Flüchtlingsbetreuerin sicher.

Unbürokratische Lösungen, richtige und schnelle Hilfe, mahnt folgerichtig die CDU an. Und auch, dass es aufgrund der Dringlichkeit der Flüchtlingsproblematik wichtig sei, die Einwohner unseres Bundeslandes bei allen Vorhaben mitzunehmen. Offen und ehrlich müsse bei den Menschen um Verständnis für die Aufnahme von Flüchtlingen geworben werden. „Gehen Sie in Ihre Wahlkreise, hören Sie zu in den Flüchtlingsunterkünften und vor Ort, erklären Sie, suchen Sie das Gespräch“, fordert auch der Ministerpräsident.

„ Die Menschen beim Thema Einwanderung und Asyl mit ins Boot holen. „

Tatsächlich ist die Politik mehr gefordert, die Menschen beim Thema Einwanderung und Asyl mit ins Boot zu holen. Gerade hier im Nordosten, wo ein Miteinander der Kulturen schon wegen des geringen Ausländeranteils bislang kaum gelebt wird, muss mehr aufgeklärt und das Gespräch mit den Bürgern gesucht werden. Viele Einwohner vermissen angesichts steigender Flüchtlingszahlen ein verlässliches Forum für ihre Fragen, Sorgen und schließlich auch ihre Ängste. Willkommenskultur fängt im Kleinen an. Ganz ehrlich.

Thomas Hass

„All das geschah am helllichten Tage“

Holocaust-Überlebender berichtet bei Gedenkstunde des Landtages über sein Schicksal

„Als Überlebender der Shoah bin ich verpflichtet, über diese Ereignisse zu sprechen. Das bin ich meinen ermordeten Familienangehörigen und den sechs Millionen getöteten Juden schuldig“, sagt der Zeitzeuge Horst Selbiger, der durch den Holocaust fast seine ganze Familie verloren hat und selbst nur knapp der Ermordung entgangen ist. Deshalb geht er seit vielen Jahren in Schulen und andere Einrichtungen, um über sein Schicksal zu berichten. Am 27. Januar sprach er als Zeitzeuge bei der Gedenkveranstaltung des Landtages für die Opfer des Nationalsozialismus. Unter den Zuhörern auch rund 60 Schülerinnen und Schüler aus drei Schweriner Schulen.

Drei Monate nach der Befreiung von Auschwitz steht **Horst Selbiger** in den Trümmern des zerstörten Berlin. Abgerissen und unterernährt, traumatisiert und krank durch jahrelange Todesangst und schwerste Zwangsarbeit. „Ich war 17 Jahre alt, ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung. Dafür aber hatte ich Narben an Leib und Seele“, sagt er.

Der heute 87-Jährige stammt aus einer großen, weit verzweigten jüdischen Familie. Sein Vater war ein angesehener Zahnarzt. Obwohl seine Mutter nicht jüdisch ist, wird er jüdisch erzogen. „Mein Vater war kein religiöser, aber ein selbstbewusster und stolzer Jude“, erinnert er sich.

In der Schule erlebt Horst Selbiger als einziger Jude der Klasse schon von den sechsjährigen Mitschülern Ausgrenzung und antisemitische Hetze. „Ich wurde bespuckt und geschlagen. Ich war der Itzig und die Judensau“, berichtet er. Als 1935 die Nürnberger Gesetze erlassen werden, gilt die Ehe der Eltern als „Mischehe“. Obwohl die Mutter sowohl von Teilen ihrer Familie als auch staatlicherseits zur Scheidung gedrängt wird, lehnt sie dies ab, auch um ihre Kinder und ihren Mann zu schützen.

Nach der Reichspogromnacht im November 1938 bekommt der Vater endgültig Berufsverbot. Hausrat, Praxiseinrichtung und Zahnarztlabor werden für Pfennigbeträge versteigert. Die Familie muss in ein „Judenhaus“ ziehen.

„Wir durften nicht mehr ins Theater, keine Konzerte, Museen oder Kinos besuchen, der Zutritt zu Büchereien, Badeanstalten, Sportstätten, Parkanlagen und Zoos war uns verboten“, schildert Selbiger die schrittweise Entrechtung der Juden. „Wir durften keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen, uns wurden sogar Haustiere verboten. Selbst der kleinste Kanarienvogel fiel unter diesen Erlass.“

Am 18. Oktober 1941 werden die ersten jüdischen Berliner ins Ghetto nach Litzmannstadt (Lodz) deportiert. „All das geschah am helllichten Tag. Jeder, der sehen konnte, sah es.“ Längst hat die Angst Einzug in den Alltag gehalten. „Tag für



Foto: Uwe Baleski

Horst Selbiger, der durch den Holocaust 61 Familienangehörige verlor, sieht es als seine Pflicht als Überlebender an, von seinem Schicksal zu berichten.

Tag fürchteten wir jetzt um unser Leben“, sagt Selbiger. Nach Schließung aller jüdischen Schulen muss der 14-Jährige Zwangsarbeit in einem Rüstungsbetrieb leisten. Am 27. Februar 1943 umstellt die SS alle Betriebe, in denen Juden arbeiten. Bei der sogenannten „Fabrikaktion“ werden mehr als 25.000 Juden verhaftet und in Sammellagern zusammengepfercht, darunter Horst Selbiger und sein Vater. Beide entgehen nur knapp der Deportation. „Wer so etwas durchlebt, den Zug zur Gaskammer aus nächster Nähe gesehen hat, den Tod vor Augen, bleibt ein Gezeichneter sein Leben lang“, schildert er seine Gefühle.

Ihre Rettung verdanken sie mutigen Ehepartnern und Verwandten, die gegen die Verhaftung ihrer jüdischen Angehörigen protestieren. „Die Proteste in der Rosenstraße wurden lange Zeit von der Geschichtsschreibung nicht so recht beachtet“, sagt Selbiger. Dabei seien sie in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. „Zum einen zeigen sie, welche Wirkung Mut und Hartnäckigkeit selbst in den dunklen Jahren des Dritten Reiches entfalten konnten, zugleich aber werfen sie ein beschämendes Bild auf jene Millionen Menschen, die weggeschaut, der Vernichtung Beifall gezollt oder sich selbst an der Vernichtung der Juden mittelbar oder unmittelbar beteiligt haben.“

Bis Kriegsende muss Selbiger in Berlin lebensgefährliche Zwangsarbeit bei der Beseitigung von Bombenschäden leisten.

Der Neuanfang nach der Befreiung ist schwer. Ihn enttäuscht und empört, dass „aus den übelsten faschistischen Verbrechern und Mördern über Nacht die bravsten Demokraten wurden“, wie er rückblickend sagt. „So baute undemokratisches, ja sogar antidemokratisches Personal eine Demokratie auf“, so Selbiger. „Und ihre Seilschaften sorgten dafür, dass Zigtausende ihrer gerechten Strafe entgingen.“

Diese Entwicklung in der BRD sei nicht seine Vorstellung von einem neuen deutschen Rechtsstaat gewesen. Deshalb geht er in die DDR, deren proklamiertes Ziel der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung war. „Das war, nach allem, was ich erlebt hatte, auch mein Wunsch.“

Die Jahre von 1949 bis 1951 habe er als beglückende Zeit empfunden, blickt Selbiger auf die Anfangsjahre der DDR zurück. Seine Desillusionierung beginnt, als sein politischer Ziehvater, der jüdische Altkommunist Heinz Brandt, der sechs Jahre in Hitlers Zuchthäusern gesessen hatte, nach ei-



Mit einer Schweigeminute gedenken die Gäste der Gedenkstunde der Opfer des Nationalsozialismus.

ner Verleumdungskampagne aus der Partei ausgeschlossen und in die Produktion verbannt wird. Auch er selbst wird 1953 aus der SED ausgeschlossen und bekommt lebenslanges Berufsverbot als Journalist. Drei Jahre lang kämpft er um seine Rehabilitierung. Als er 1964 als Journalist zum Auschwitzprozess nach Frankfurt a. M. geschickt wird, kehrt er nicht in die DDR zurück – auch weil er durch den Bau der Mauer von seinen Eltern, den letzten Überlebenden seiner Familie, abgeschnitten war.

Arbeit als Journalist findet er in Westberlin wegen seiner DDR-Vergangenheit nicht wieder. Schließlich verdient er seinen Lebensunterhalt mit einem Tabakladen und späteren Reisebüro. Jahrelang kämpft er in der BRD um die Anerkennung als politisch und rassistisch Verfolgter.

Mit großer Sorge sehe er, dass heute Rassismus und Antisemitismus wieder auf der Tagesordnung stehen. „Ich hätte mir nie, niemals mehr, vorstellen können, dass auf deutschen Straßen – fast 70 Jahre später, anno 2014 – antisemitische Demonstrationen der übelsten Art stattfinden und dabei skandiert werden konnte: ‚Scheiß Juden, wir kriegen Euch!‘ und ‚Hamas, Hamas, Juden ins Gas!‘“ Auch deshalb reiche es nicht, zu sagen NIE WIEDER, sagt Selbiger mit Nachdruck. „Es kommt darauf an, wachsam zu sein, dass so etwas schon in den Anfängen abgewehrt wird!“

An die Verantwortung der heutigen Generationen appelliert auch Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** in ihrer Rede. „Seit wir wissen, wie tief wir fallen können, begleitet uns die große Verantwortung, diesen moralischen Tiefpunkt menschlichen Daseins in der Geschichte unserer Gesellschaft in die Vergangenheit zu verbannen und doch in der Erinnerung lebendig zu erhalten“, betont sie. „Nein, wir sind nicht vorprogrammiert!“, so Bretschneider weiter. „Aber wir sind auch kein unbeschriebenes Blatt Papier! Was im Laufe eines Lebens hinzukommt, bestimmt zunächst jeder für sich selbst. Aber wir, als denkende und friedliebende Menschen einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft, können Einfluss nehmen, ob die Tinte blutgetränkt ist oder nicht.“ Dafür sei jede und jeder verantwortlich und könne nicht auf andere zeigen. „Wir haben es in der Hand“, sagt Bretschneider. „WIR sind die Mehrheit – unsere Stärke ist die Vielfalt im Denken und Handeln!“



Fotos: Uwe Bolewski

Ein Erlebnis für beide Seiten: die persönliche Begegnung im Anschluss an die Gedenkfeier.

Auch sie nimmt Bezug auf die aktuellen Ereignisse. „Es droht salonfähig zu werden, was wir glaubten, nach 1945 an primitive Stammtische verbannt zu haben“, warnt sie. „Menschen projizieren ihre Wut, ihre Enttäuschung, ihre Frustration oder ihre Angst auf ein Feindbild, das nicht ansatzweise real ist. Und wieder stehen – unfassbar gerade in unserem Land – völkische Nationalisten und Menschenverächter bereit, ihre Hassparolen anzustimmen und sich jenes Feindbild für ihre menschenfeindlichen Ziele zu Nutze zu machen.“ Bretschneider schließt ihre Rede mit dem Appell: „Wir dürfen nicht zulassen, dass die Erinnerung an die Verbrechen von Menschen an Menschen in der NS-Zeit jemals verdrängt wird oder Gleichgültigkeit sie verblassen lässt. Das ist das Vermächtnis der Opfer aller totalitärer Diktaturen, aus Kriegen und Gewalt weltweit.“

Video und Publikation



Ein Video von der Gedenkfeier gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages. Eine Dokumentation mit dem kompletten Lebensbericht von Horst Selbiger können Sie kostenlos beim Landtag bestellen (Tel 0385/525-2113) oder auf der Website des Landtages herunterladen.

www.landtag-mv.de

Hilfe für Flüchtlinge

Die demokratischen Fraktionen im Landtag sehen sich in der gemeinsamen Verantwortung

Angst um Leib und Leben, ausgelöst durch Bürgerkriege und Terror, treiben immer mehr Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen debattierten die Abgeordneten des Landtages auf Antrag der SPD-Fraktion am 28. Januar in der Aktuellen Stunde über die Aufnahme von Flüchtlingen. In der Diskussion sprachen sich die demokratischen Fraktionen für eine gemeinsame Flüchtlingspolitik aus und erteilten Pegdia und MVgida eine klare Absage.

Fotos: Uwe Baleski



Dagmar Kaselitz (SPD)

„Im vergangenen Jahr haben in Mecklenburg-Vorpommern 4.362 Menschen um Asyl gebeten“, sagte **Dagmar Kaselitz** (SPD). Die Welle der Hilfsbereitschaft sei groß. Gleichwohl sei die Betreuung der Flüchtlinge vor allem für die Kommunen ein großer Kraftakt. „Als Landespolitikerinnen und Landespolitiker haben wir größtes Verständnis für die Sorgen und Probleme vor Ort“, betonte die Sprecherin für Integrations- und Migrationspolitik ihrer Fraktion. Im Gegensatz zu einer Reihe anderer Bundesländer könnten die Kommunen die Sozialleistungen und Unterbringungskosten für Asylsuchende vollständig beim Land abrechnen, hob sie hervor. Kaselitz sieht in der Zuwanderung keine Gefahr der Überfremdung und Islamisierung, sondern eine Chance für M-V. „Viele Menschen, die bei uns Schutz suchen, sind gut ausgebildet und wollen sich mit ihren Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen.“ Es sei richtig und wichtig, ihnen früh Zugang zu Arbeit, Sprachkursen und Schulen zu ermöglichen. Sie machte aber auch deutlich: „Integration kann nur gelingen, wenn die Menschen vor Ort einbezogen werden und bei Fragen und Sorgen kompetente Ansprechpartner finden.“

Ministerpräsident **Erwin Sellering** warnte davor, „dass das Klima in unserem Land schleichend vergiftet wird“. „Wir müssen uns Pegida entschlossen entgegenstellen und uns klar dazu bekennen, dass es ein selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit ist, Flüchtlinge, die in ihrer Heimat Krieg, Verfolgung, Gewalt und Terror ausgesetzt sind, nicht in ihr sicheres Verderben zurück zu schicken“, betonte er. Gleichzeitig gehe es aber auch darum, die Aufnahme von Flüchtlingen gut zu organisieren. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Flüchtlinge möglichst gute Bedingungen bei uns vorfinden und sich rasch integrieren können. Gleichzeitig müssen wir aber auch sicherstellen, dass ihre Unterbringung für die Menschen



Ministerpräsident Erwin Sellering

vor Ort keine Nachteile und Beschwerden mit sich bringt.“ Sellering sprach sich dafür aus, Flüchtlingen, die bei ihrer Rückkehr in die Heimat Schlimmstes zu befürchten hätten, schnellstmöglich einen Aufenthaltstitel zu geben. Abschließend dankte er allen, die Flüchtlingen ehrenamtlich zur Seite stehen. „Dieser freiwillige Einsatz, quasi als Nachbarschaftshilfe, ist der beste Garant für einen gelingenden Integrationsprozess.“



Helmut Holter (DIE LINKE)

Helmut Holter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, begrüßte, dass die SPD das Thema zum Gegenstand der Aktuellen Stunde gemacht hat. „Das ist eine eindeutige Absage an alle Drahtzieher von Pegida, NPD und AfD.“ Umso unverständlicher sei für ihn jedoch, dass die Koalition zuletzt die Anträge der demokratischen Opposition zu ähnlichen Themen – Stichwort Winterabschiebestopp und Flüchtlingsgipfel – abgelehnt habe. „Gemeinsame Verantwortung sollte künftig anders aussehen“, appellierte er an die Koalition. Er forderte die Fraktionen zudem auf, nicht nur über gemeinsame Verantwortung zu reden, sondern den Worten und Bekenntnissen auch Taten

folgen zu lassen. Dazu gehöre auch, sich bei den anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt gegebenenfalls für eine Aufstockung der Gelder für die kommunale Flüchtlingshilfe starkzumachen. Für unabdingbar halte seine Fraktion nach wie vor die Benennung eines Ausländer- und Migrationsbeauftragten. „Dabei geht es nicht nur um eine zusätzliche Planstelle, es sollten schon ein paar mehr sein.“ Es gehe vor allem um ein Zeichen, um die Schaffung eines entsprechenden politischen Klimas. „Lassen Sie uns gemeinsam nachdenken und nicht wie gehabt pauschal verneinen!“, so Holter.



Jürgen Suhr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für **Jürgen Suhr** setzt das Thema der Aktuellen Stunde das richtige politische Zeichen dafür, dass M-V tolerant und welt-offen ist. „Flüchtlinge brauchen Schutz und Unterstützung“, sagte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Wer aufgrund von Bürgerkriegen, politischen Krisen und anderen existenziellen Notlagen gezwungen ist, sein Heimatland zu verlassen, tut dies nicht leichtfertig.“ Eine menschenwürdige Aufnahme ersetze nicht den Verlust von Heimat, Familie, Sprache und Kultur. Sie bilde aber die Basis, diesen Verlust zu bewältigen und sich eine neue Existenz aufzubauen. Auch Suhr warf der Koalition vor, der angemahnten gemeinsamen Verantwortung bei Oppositionsanträgen bisher nicht gerecht geworden zu sein. Er forderte, die Flüchtlingspolitik künftig noch konsequenter an humanitären Zielen auszurichten. „Zu den Rahmenbedingungen einer ehrlichen Willkommenskultur gehört ganz wesentlich, dass Zuwanderung als Chance und nicht als Bedrohung gesehen wird.“ Denn: „Flucht ist kein Verbrechen. Und Asylrecht ist Menschenrecht.“



Michael Andrejewski (NPD)

Nach Ansicht von **Michael Andrejewski** (NPD) ist die Verantwortung für Flüchtlinge im Land eine leichte Aufgabe, „weil

es nur wenige aus dem Ausland zugereiste Personen gibt, die die Bezeichnung Flüchtling wirklich verdienen“. Er verwies in seiner Rede auf das Dublin-III-Abkommen, das die Vorredner in ihren Reden bewusst nicht erwähnt hätten. „Wer etwa in Tschetschenien oder in der Ukraine verfolgt wird, ist nur so lange Flüchtling, bis er das sichere Polen erreicht hat. Da kann er Asyl beantragen, dort ist er sicher.“ Ziehe er von Polen weiter nach Deutschland, tue er das nicht als Flüchtling, sondern als „Goldgräber“. „Wenn das geltende Recht respektiert und umgesetzt würde, dann gäbe es im Land nur eine Handvoll Flüchtlinge.“ Die jetzige Handhabung des Asylrechts begünstige „nicht echte Flüchtlinge, sondern die raffiniertesten Trickser“. „Diese Leute haben in Deutschland nichts zu suchen. Es sind Scheinflüchtlinge“, so Andrejewski.



Michael Silkeit (CDU)

Michael Silkeit, integrationspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, lobte die Flüchtlingspolitik des Landes. Betreiber von Gemeinschaftsunterkünften, kommunale Verwaltungen und das Innenministerium machten sich viele Gedanken um eine gute und menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge. Aufgrund stark gestiegener Flüchtlingszahlen stehe das Land auch künftig vor enormen Herausforderungen. „Vieles werden wir dabei nur über schnelle und unbürokratische Wege schaffen.“ Deshalb sei die Ankündigung, Asylanträge von Antragstellern aus Syrien und dem Irak innerhalb von 14 Tagen zu bearbeiten, der richtige Weg. Zugleich bedürfe es einer konsequenten und schnellen Rückführung von Antragstellern aus sicheren Drittstaaten oder Herkunftsländern. „Deutschland ist nun einmal nicht die eierlegende Wollmilch-sau“, so Silkeit. Wichtig sei eine offene Diskussion über das Für und Wider der Aufnahme von Flüchtlingen. Nur so lasse sich in der Bevölkerung Verständnis wecken und verhindern, dass sich diffuse Ängste festsetzen und „damit den Nährboden für rechtsextreme Ansichten bilden“.

Ermahnung

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider forderte Michael Andrejewski während seiner Rede wiederholt dazu auf, Menschen, die von Flucht und Vertreibung bedroht sind, nicht zu verunglimpfen, und wies dessen „menschenverachtende Behauptungen im Namen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern“ zurück.



Foto: Jens Büttner

10 Jahre Hartz IV

Jobwunder oder Armutsfalle –
Kontroverse Aussprache

Am 1. Januar 2005 trat das „Vierte Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, besser bekannt als Hartz IV, in Kraft. DIE LINKE nahm den zehnten Jahrestag der Reformen zum Anlass, im Landtag eine Aussprache zu Hartz IV und seinen Folgen für Mecklenburg-Vorpommern auf die Tagesordnung zu setzen. In der kontroversen Debatte am 28. Januar zogen die Fraktionen eine gemischte Bilanz.

„Zehn Jahre Hartz IV sind kein Grund zum Jubeln“, sagte **Torsten Koplín**, sozialpolitischer Sprecher der Linken, in seiner Begründung, weshalb seine Fraktion die Aussprache im Landtag beantragt hat. Es sei ein Projekt von Eliten zum Umbau der Gesellschaft und zum Abbau des Sozialstaates. Hartz IV habe die soziale Spaltung des Landes vorangetrieben. Der Linkspolitiker forderte von der Landesregierung, sich beim Bund für existenzsichernde Arbeit und eine bedarfsgerechte, sanktionsfreie Mindestsicherung einzusetzen.

Arbeits- und Sozialministerin **Birgit Hesse** sieht in ihrer Hartz IV-Bilanz indes mehr Licht als Schatten. Sie verwies darauf, dass seit 2005 die Zahl der Erwerbstätigen steige, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zunehme, sich die Arbeitslosigkeit halbiert habe und die Jugendarbeitslosigkeit um 70 Prozent gesunken sei. „Das heißt aber nicht, dass ich die Hartz-Reform als Allheilmittel sehe“, sagte sie. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit in Familien werfe einen Schatten auf den Arbeitsmarkt. „Das wirkt sich immer besonders auf Kinder aus.“ Hesse hält es deshalb für wichtig und gut, dass es neben arbeitsmarktpolitischen Instrumenten auch zusätzliche Hilfsangebote, wie das Bildungs- und Teilhabepaket oder die Familiencoaches, gebe.

Auch **Torsten Renz** von der CDU-Fraktion hält beim Blick auf Hartz IV „eine Negativdiskussion mit Weltuntergangsstimmung“ für nicht angebracht. „Wir haben ein funktionierendes Staatssystem.“ Eine soziale Marktwirtschaft, die sowohl von Eigenverantwortung als auch von Solidarität lebe – und in der die Zahl der Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern seit 2005 fast halbiert worden sei. Es sei richtig gewesen, vor zehn Jahren die Arbeitsmarktreformen anzupacken, weil die positiven Aspekte überwiegen. Gleichwohl bleibe die Langzeitarbeitslosigkeit ein ernstzunehmendes Thema. Der CDU-Politiker verwies darauf, dass der Arbeitsmarkt kein starres Gebilde sei und die Politik ihre Instrumente bereits angepasst habe, zum Beispiel, indem sie die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für ältere Menschen verlängert und den Mindestlohn eingeführt habe.

Die Erwartungen, die in die Hartz-Gesetze gesetzt wurden, haben sich nach Auffassung von **Jürgen Suhr** dagegen nur bedingt erfüllt. „Zwar ist die Arbeitslosigkeit gesunken, aber die Armut ist gestiegen, die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt, und die Existenzängste haben zugenommen“, sagte der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das Teilhabe- und Aufstiegsversprechen, das mit Hartz IV gegeben wurde, sei nicht erfüllt worden. „Die viel zu knappen Fördermittel führen in der Praxis dazu, dass zu wenig berufliche Qualifizierung stattfindet und infolgedessen auch nicht nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert wird.“ Vorrangiges Ziel müsse es sein, den 31.800 Langzeitarbeitslosen im Land wieder eine Beschäftigungsperspektive zu geben. Der Grünen-Politiker sprach sich außerdem für höhere Regelsätze und weniger Bürokratie im System der Grundsicherung aus. **Jörg Heydorn**, sozialpolitischer Sprecher der SPD, betonte, dass die Reform von 2005 vor allem in ihrem zeitlichen Kontext betrachtet werden müsse. Es habe viele Arbeitslose gegeben und ein Hilfesystem, das zwischen Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfängern unterschied. „Die Landkreise und kreisfreien Städte ächzten unter den Sozialhilfelasten.“ Mit Hartz IV seien die örtlichen Sozialhilfeträger um eine Milliarde Euro entlastet worden, weil der Bund die Kosten über-

nommen habe. Ein weiterer Erfolg sei, dass ehemalige Sozialhilfeempfänger nicht länger von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten ausgeschlossen würden. Den Vorwurf, Hartz IV trage zur Dauerarbeitslosigkeit bei, wies der SPD-Politiker zurück. Hierbei spiele das Thema Qualifikation eine wichtige Rolle.

Michael Andrejewski von der NDP-Fraktion bezeichnete „zehn Jahre Hartz IV“ als „zehn Jahre grundgesetzfreie Zone“. Seinen Worten nach gelte das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Freizügigkeit nicht für Empfänger von Leistungen nach SGB II: „Sie müssen ständig postalisch erreichbar sein und sind somit an die Scholle gebunden wie der mittelalterliche Bauer.“ Auch die im Grundgesetz festgeschriebene Unverletzlichkeit der Wohnung treffe auf Hartz IV-Empfänger nicht zu. „Der Sozialdienst darf sogar im letzten Kleiderschrank herumwühlen.“ Im Widerspruch zu Artikel 14 Grundgesetz steht für seine Fraktion auch die Pflicht, vor Inanspruchnahme einer Leistung eigene Ersparnisse bis auf ein geringes Schonvermögen aufzubrauchen. „Es ist wie im Orwellschen Roman: Alle Tiere sind gleich, nur einige sind gleicher.“

Henning Foerster, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, betonte, dass die gestiegene Zahl an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu großen Teilen der Abnahme von Vollzeitbeschäftigten und der Zunahme von Teilzeitarbeitern, Minijobbern und Leiharbeitern geschuldet sei. Er forderte, Hartz IV grundlegend zu reformieren. „Dazu gehört auch, die Arbeitslosenversicherung zu stärken, die Frist für den Fall in Hartz IV von zwei auf drei Jahre zu erhöhen und die Dominanz des Forderns zugunsten des Förderns zu korrigieren.“

„Hartz IV ist nicht das Grundübel, das Armut verursacht“, sagte **Martina Tegtmeier**. „Das Grundübel sind die niedrigen Löhne“, so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD. Von den mehr als sechs Millionen Hartz IV-Beziehern im Land gingen vier Millionen arbeiten. „Ihr Lohnniveau ist aber so niedrig, dass sie noch aufstocken müssen. Deshalb war es wichtig, den Mindestlohn einzuführen.“

Harzt IV

Das „vierte Gesetz zur Modernisierung des Arbeitsmarktes“, meist kurz Hartz IV genannt, ist die wohl umstrittenste Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik. Die vorherige Sozialhilfe wurde mit der Arbeitslosenhilfe in einer neuen „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ zusammengelegt. Faktisch wurde die Arbeitslosenhilfe damit abgeschafft und die Leistungen auf das niedrigere Niveau der Sozialhilfe begrenzt. Vorher bot die Arbeitslosenhilfe, die abhängig vom bisherigen Lohn gezahlt wurde, noch einige Jahre Puffer. Heute fällt ein Arbeitsloser in der Regel nach einem Jahr Arbeitslosengeld direkt in Hartz IV.

Die Befürworter der Reform, wie deren „Erfinder“ und Namensgeber Peter Hartz, bezeichnen Hartz IV als Erfolg und begründen das mit der niedrigen Arbeitslosigkeit. Kritiker bemängeln, dass Hartz IV, beziehungsweise die Hartz-Reformen insgesamt, zu einem Boom des Niedriglohnssektors geführt hätten.

Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) sieht insbesondere Kinder und Jugendliche als Leidtragende von Hartz IV. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften sinke zwar, die Zahl der in solchen Gemeinschaften lebenden Kinder steige hingegen. Sie appellierte an die Landesregierung, sich auf Bundesebene für Regelsätze für Kinder und Jugendliche einzusetzen, die den Bedarf decken. „Bei all diesen Problemen hilft auch ein Bildungs- und Teilhabepaket nicht.“

Karen Stramm, rentenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, forderte, für Langzeitarbeitslose aus Steuermitteln wieder Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung zu zahlen. „Die Abschaffung zwingt sie nicht nur in die Altersarmut. Sie versperrt ihnen auch Maßnahmen zur medizinischen Rehabilitation und zur Inanspruchnahme von Erwerbsminderungsrenten.“

„Zehn Jahre Hartz IV sind eine schwere Bürde für die Menschen im Land“, sagte **Helmut Holter**, Vorsitzender der Linksfraktion. Es habe den Druck auf Beschäftigte und Arbeitslose erhöht, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen, um nicht auf die Rutschbahn der Armut zu gelangen, und den größten Niedriglohnsektor der EU geschaffen. „Hartz IV ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems.“

E-Mobilität

Landtag sieht noch großen Handlungsbedarf

Die Elektromobilität hat auf deutschen Straßen bislang nur wenig Fahrt aufgenommen. Von 2,95 Millionen Pkw-Zulassungen in 2014 entfielen 8.522 auf Elektrofahrzeuge. Der Landtag sieht deshalb weiteren Handlungsbedarf, um den Verkehrssektor bei der Energiewende stärker in den Fokus zu rücken. Mit großer Mehrheit forderte er am 28. Januar auf Initiative der Koalition die Landesregierung auf, sich beim Bund für zusätzliche Kaufanreize und mehr Unterstützung bei der Forschung einzusetzen.

„Elektromobilität ist nicht nur gut fürs Klima. Sie beinhaltet auch eine wirtschaftspolitische Chance für die weitere Entwicklung des Landes“, begründete **Jochen Schulte**, Verkehrsexperte der SPD, den Antrag seiner Fraktion. Dabei gehe es vor allem darum, jene Unternehmen und Forschungseinrichtungen in M-V zu unterstützen, die an der Wertschöpfungskette von der Forschung und Entwicklung bis zur Produktion als Zulieferer partizipieren. Um das Interesse der Verbraucher zu erhöhen, seien Anreize, wie eine Verlängerung der Kfz-Steuerbefreiung und mehr Ladestationen, nötig. Er warb außerdem dafür, Elektrofahrzeuge stärker in ein Gesamtkonzept für Mobilität in M-V einzubinden, insbesondere in den touristischen Zentren. Energie- und Verkehrsminister **Christian Pegel** bemängelte, dass die Energiewende in der öffentlichen Debatte zu oft auf das Thema Strom reduziert werde. „Energiewende meint natürlich auch die Wärme- und vor allen Dingen die Mobilitätswende“. Er nannte die Klimaschutzrichtlinie als einen Hebel des Landes, um die E-Mobilität zu fördern, sieht aber vor allem



Das Netz von Ladestationen für Elektroautos ist noch zu dünn.

den Bund in der Pflicht, weitere Fördermöglichkeiten, wie Sonderabschreibungen, zu schaffen. Er werde sich auf den nächsten Verkehrsministerkonferenzen für entsprechende Initiativen einsetzen, kündigte der Minister an.

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) warf SPD und CDU vor, „immer wieder Anträge hervorzuzaubern, die der Bundesregierung Beine machen sollen, und dabei vergessen, der Landesregierung auch einen Besen in die Hand zu geben, um vor der eigenen Tür zu kehren“. Ihre Fraktion fordere daher in einem Änderungsantrag die Regierung auf, darzulegen, wann und wie E-Fahrzeuge in die Fahrzeugflotte des Landes integriert werden, sowie Maßnahmen zum Ausbau der Lade-Infrastruktur zu erarbeiten. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Linkspolitikerin hält es für richtig, Forschung und Entwicklung zu fördern, aber für fragwürdig, der Autoindustrie noch mehr Geld zu geben. Im Konjunkturpaket II seien bereits 500 Mio. Euro für Elektromobilität enthalten gewesen. „Trotz der hohen Subventionen gibt es heute immer noch keine bezahlbaren und ökologisch überzeugenden Modelle.“

„Es liegt in der Natur der Sache, dass sich die Entwicklung der Elektromobilität in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern schwieriger gestaltet als in Ballungszentren“, sagte **Dietmar Eifler** (CDU). Gleichwohl habe sich in der Branche eine Menge getan. Er verwies darauf, dass die deutschen Hersteller bei der Vielfalt der Elektromobilität führend seien. Es gelte nun, diese Technologie weiterzuentwickeln, um Reichweite und Lade-Infrastruktur zu verbessern. „Wenn das Ziel von bundesweit einer Million Elektrofahrzeugen erreicht werden soll, müssen aber auch Kaufanreize für private und gewerbliche Nutzer geprüft werden.“

Johann-Georg Jaeger (B' 90/DIE GRÜNEN) hielt es für zu eng gefasst, den Fokus nur auf Elektroautos zu legen. Er stellte den 8.522 Neuzulassungen aus dem vergangenen Jahr 410.000 verkaufte Elektrofahräder aus dem Jahr 2013 gegenüber. Auch um dieses Potenzial müsse man sich kümmern. Der Grünenpolitiker vermisste in der Debatte auch das Thema Busse. Für deren Strom könnte man in Rostock zum Beispiel die Oberleitung der Straßenbahn mitnutzen. Angesichts der Batterieleistungen wäre es auch problemlos möglich, einige Kilometer ohne Oberleitung zu überbrücken.

David Petereit (NPD) warf der Koalition mit ihrem Antrag „Simulation von Tätigkeit“ vor. „Sie fordern die Regierung auf, sie solle sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese wiederum Dinge prüfen soll, an denen sie sowieso

schon dran ist. Im Volksmund nennt man das Verarschung.“ Er verwies darauf, dass der Landtag einst den Antrag seiner Fraktion zum Ausbau des Stromtankstellen-Netzes abgelehnt habe. Im Übrigen sei gar nicht klar, ob es überhaupt ein flächendeckendes Netz an Ladestationen geben werde. „Deshalb hält sich die Industrie mit Investitionen in Elektromobilität zurück.“
Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/3624
Änderungsantrag DIE LINKE Drucksache 6/3671

Zukunft der Hochschulen

Grüne fordern mehr Geld für die Einrichtungen – Koalition verweist auf stetig steigende Mittel

Die derzeitige Hochschulfinanzierung wie auch andere Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre reichen nach Auffassung der Grünen nicht aus für eine gute Hochschulpolitik im Land. Sie forderten daher die Landesregierung auf, die Mittel aufzustocken und die Empfehlungen des Wissenschaftsrates umzusetzen. Ihr Antrag fand am 29. Januar nach kontroverser Debatte im Parlament jedoch keine Mehrheit. Eine Überweisung in die Ausschüsse wurde ebenfalls abgelehnt.

Der Landesrechnungshof komme in seinem Gutachten zwar zu dem Ergebnis, dass die Hochschulen im Land nicht strukturell unterfinanziert seien. „Aber nur, weil er die teuren medizinischen Studiengänge mit den nicht-medizinischen zusammengewürfelt hat“, sagte **Johannes Saalfeld**, hochschulpolitischer Sprecher der Grünen. Betrachte man dagegen, wie viel Geld pro Studierenden ausgegeben werde, sei M-V im Bundesvergleich in allen Fächergruppen unterdurchschnittlich ausgestattet. Seine Fraktion fordere daher, „die Grundfinanzierung der Hochschulen zu erhöhen, die Mittel jährlich zu dynamisieren, befristete Stellen zu reduzieren und die Vergütung für Lehrbeauftragte zu verbessern“. Bildungsminister **Mathias Brodkorb** wies den Vorwurf unzureichender Zuweisungen zurück. „Wir geben schon jetzt, pro Einwohner gerechnet, deutlich mehr für Hochschulen aus als im Bundesdurchschnitt.“ Er warf den Grünen vor, zu verschweigen, dass die finanzielle Ausstattung in Mathematik und den Naturwissenschaften leicht, in den Ingenieurwissenschaften sogar deutlich über dem Durchschnitt liege. Brodkorb betonte, dass sich das Land einen sehr breiten Fächermix leiste. Das führe aber auch dazu, dass nicht alle Fächer überdurchschnittlich gut ausgestattet sein können. Wolle man dies erreichen, müssten Fachbereiche geschlossen werden. „Für diese Debatte stehe ich aber nicht zur Verfügung.“ Mit Blick auf rund 380 Mio. Euro, die das Land seinen Hochschulen bis 2020 zur Verfügung stellen werde, sei deren Weiterentwicklung auch künftig gesichert. **Egbert Liskow** (CDU) hält den Antrag der Grünen in der Sache



Studentenproteste im Herbst 2013 für eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen.

für unbrauchbar. Die Grünen erweckten nach Ansicht seiner Fraktion den Eindruck, der Wissenschaftsrat habe insbesondere die Hochschulpolitik in M-V gerügt. „Tatsächlich spielt M-V darin aber gar keine Rolle.“ Die Empfehlungen seien außerdem längst von der Realität überholt. „Der Bund hat seine Forschungsmittel aufgestockt und durch die Übernahme der Bafög-Kosten die Länder in die Lage versetzt, deutlich nachzulegen.“ Anders als viele andere Bundesländer, werde Mecklenburg-Vorpommern einen erheblichen Teil dieser Bafög-Mittel an die Hochschulen weiterreichen. **Dr. Hikmat Al-Sabty** (DIE LINKE) unterstützte den Antrag der Grünen. „Auch meine Fraktion ist der Auffassung, dass die aktuelle Hochschulfinanzierung überdacht und viele Rahmenbedingungen verbessert werden müssen.“ Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates seien dafür eine gute Grundlage. Er verwies darauf, dass der Landesrechnungshof zwar keine strukturelle Unterfinanzierung erkennen könne, gleichwohl aber empfehle, in diesem Jahr 3,8 Mio. Euro zusätzlich für die Hochschulen ohne Medizin bereitzustellen und die Instandhaltungssätze der Hochschulen um 2,2 Mio. Euro anzuheben. Für besonders wichtig hält es Al-Sabty, die Studierenden stärker in die Diskussion um eine bessere Hochschulpolitik einzubinden. „Das ist bisher versäumt worden.“ Für **Susann Wippermann** (SPD) läuft die Forderung der Bündnisgrünen ins Leere. Die Anregungen des Wissenschaftsrates könnten gar nicht eins zu eins umgesetzt werden, weil sie nicht die landesspezifischen Regelungen von M-V berücksichtigen. „Wenn sie es täten, gäbe es weniger Empfehlungen für M-V, da bei uns viele bereits Teil von Gesetzen und Verwaltungshandeln sind.“ So habe das Land beispielsweise in den vergangenen neun Jahren die Mittel für Hochschulen und Universitätsmedizinen um knapp 69,5 Mio. Euro erhöht. Ihre Fraktion lehne den Antrag der Grünen zwar ab. Gleichwohl ignoriere sie aber die Empfehlungen nicht. „Insbesondere bezüglich der hohen Befristungsquote an der HMT sehen wir erheblichen Diskussionsbedarf mit den Hochschulleitungen.“ „Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sind nicht aus der Luft gegriffen. Insofern könnte man dem Antrag eigent-

lich zustimmen“, sagte **David Petereit** von der NPD. Das einzige, was dagegen spräche, seien die damit verbundenen Kosten. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung dennoch enthalten, weil sie in der vorgeschlagenen Beteiligung von Gewerkschaften, Personal- und Studienvertretungen an einem Maßnahmenpaket „ein unbedingtes Hemmnis für die zielführende Entwicklung sieht“.

Antrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3617

Ausschuss-Beratung

Der Landesrechnungshof hatte sein Gutachten am 22. Januar im Finanz- und im Bildungsausschuss vorgestellt. Einen Bericht dazu können Sie auf Seite 23 lesen. Am 5. März setzte der Finanzausschuss seine Beratungen zur Hochschul-Finanzierung mit einer öffentlichen Anhörung fort.

Weitere Beschlüsse

Rettungsdienstgesetz

Eine der wesentlichsten Änderungen im neuen Rettungsdienstgesetz ist die Zeitvorgabe für die Hilfsfrist. Notärzte müssen nach wie vor in zehn Minuten am Einsatzort sein. Dieser Zeitraum beginnt nun jedoch erst mit der Alarmierung eines geeigneten Rettungsmittels. Bislang lief die Zeit schon mit Beginn des Anrufs. Darüber hinaus wird die Wasserrettung im neuen Gesetz nun als Glied der Rettungskette definiert, der Vergabezeitraum für die Aufgaben der Notfallrettung von sieben auf zehn Jahre erhöht und die 2014 neu in M-V eingeführte Ausbildung zum Notfallsanitäter geregelt. Der Landtag hat das neue Rettungsdienstgesetz am 28. Januar mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen. Änderungsanträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE wurden abgelehnt.

Drucksachen 6/3324, 6/3646, 6/3666, 6/3667, 6/3668 und 6/3670

TTIP-Investorenschutz

Das umstrittene Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen Europa und den USA war am 28. Januar erneut Thema im Landtag. DIE LINKE hatte in ihrem Antrag die Landesregierung aufgefordert, Handelsabkommen, die den Investorenschutz ISDS enthalten, im Bundesrat abzulehnen. Dieser Schutz würde es privaten Investoren erlauben, einen Mitgliedstaat vor einem privaten Schiedsgericht auf Schadenersatz zu verklagen, wenn ihre Gewinne infolge neuer Regulierungen geringer ausfallen als erwartet. Die Linken sehen darin die Entstehung einer Paralleljustiz. Die Grünen unterstützten den Antrag. Er scheiterte aber an den Stimmen von SPD und CDU. Die Koalitionsfraktionen verwiesen darauf, dass sich das TTIP-Abkommen noch im Diskussionsprozess befinde, konkrete Ergebnisse längst nicht feststünden und deshalb eine pauschale Ablehnung des Abkommens zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll sei.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/3614

Wildwarnreflektoren



Foto: Jens Büttner

Der Landtag hat die Landesregierung auf Initiative der Koalitionsfraktionen aufgefordert, an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen die Einführung von Wildwarnreflektoren zu prüfen. Basis dafür sollen Ergebnisse aus bundesweiten Forschungsprojekten sein. Hintergrund ist die anhaltend hohe Zahl von Wildunfällen in Mecklenburg-Vorpommern. Im vergangenen Jahr gab es laut Verkehrsministerium landesweit knapp 13.000 Wildunfälle. Dabei wurden 130 Menschen verletzt. Das Parlament hat den Antrag am 28. Januar mit großer Mehrheit beschlossen und die Regierung damit auch beauftragt, einen Bericht über Verkehrsunfälle in Verbindung mit Wildtieren und deren Auswirkungen auf Verkehrsteilnehmer und Wildtierpopulationen vorzulegen. Ein Änderungsantrag der Grünen, der unter anderem mehr Wildschutzzäune und Geschwindigkeitsreduzierungen in besonders gefährdeten Bereichen vorsah, wurde abgelehnt.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/3625

Änderungsantrag B' 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3669

Überwachung von Bauprodukten

Bauprodukte, die innerhalb der EU gehandelt werden sollen, müssen bestimmte formale Anforderungen erfüllen, zum Beispiel in Sachen Brandschutz und Sicherheit bei der Nutzung. Die Kriterien dafür werden von der EU festgelegt. Die Einhaltung der Normen muss laut EU-Verordnung aktiv am Markt überwacht werden. Das obliegt in Deutschland den Bundesländern. In Mecklenburg-Vorpommern ist für die Marktüberwachung die oberste Bauaufsichtsbehörde zuständig. Ein entsprechendes Gesetz (Bauproduktenmarktüberwachungsgesetz) hat der Landtag am 28. Januar verabschiedet. Die demokratischen Fraktionen sind der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses gefolgt und haben dem Gesetz in seiner Zweiten Lesung ohne Aussprache zugestimmt. Die NPD-Fraktion stimmte dagegen.

Drucksachen 6/3382 und 6/3645

Gerichtstrukturreform

Die Gerichtsstrukturreform wird wie vorgesehen umgesetzt. Daran ändert auch das laufende Volksbegehren nichts. Die Regierungsfaktionen von SPD und CDU lehnten am 28. Januar einen Gesetzesvorstoß von Grünen und Linken ab, die Schließung von weiteren Amtsgerichten und die Verlegung des Landessozialgerichts nach Neustrelitz für zwei Jahre auszusetzen, um das Ergebnis des Volksbegehrens abzuwarten. Die Opposition warf den Regierungsfaktionen vor, den Bürgerwillen zu missachten. In den vergangenen Monaten hatten sich nach Angabe der Initiatoren mehr als 149.000 Menschen mit ihrer Unterschrift gegen die Reform gewandt. Laut Landesverfassung muss ein Volksbegehren von mindestens 120.000 Wahlberechtigten unterstützt werden. Die Reform sieht unter anderem vor, fünf der 21 Amtsgerichte zu schließen und sechs weitere zu Außenstellen umzufunktionieren. Justizministerin Uta-Maria Kuder verwies einmal mehr auf den gültigen Landtagsbeschluss vom Oktober 2013. Eine Entwicklung auf Null zurückzudrehen, sei weder kostenlos noch sinnvoll, sagte sie.

Gesetzentwurf B' 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Drucksache 6/3616

Volksbegehren zugelassen

Das Volksbegehren hat das geforderte Quorum von 120.000 gültigen Unterstützungs-Unterschriften wahlberechtigter Bürgerinnen und Bürger erreicht und ist somit zugelassen. Dies teilte Landeswahlleiterin Doris Petersen-Goes am 23. Februar Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider sowie den Vertretern des Volksbegehrens mit. In seiner Plenarsitzung am 11. März wird sich der Landtag in erster Lesung mit dem Anliegen des Volksbegehrens befassen. Wird die Rücknahme der Gerichtsstrukturreform abgelehnt, kommt es zu einer Volksentscheid. Um die Reform rückgängig zu machen, müssen dabei mindestens ein Drittel der Wahlberechtigten für das Anliegen des Volksbegehrens stimmen. (Art. 60 Landesverfassung)

Kritik an Caffiers NSU-Bericht

Landtag gehen Reformen von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz in M-V nicht weit genug

Auf gemeinsamen Antrag von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befasste sich der Landtag am 29. Januar mit dem Bericht des Innenministers, in dem es, ausgehend von den Ermittlungsfehlern in der NSU-Mordserie, um die Reform von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern geht. Nach Auffassung der Antragsteller lässt der Bericht noch viele Fragen offen. Sie fordern weitergehende Reformen. Der Bericht wurde einhellig zur Detailberatung in den Innenausschuss überwiesen, lediglich die NPD stimmte dagegen. LandtagsNachrichten veröffentlichen nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Minister Lorenz Caffier:

„Reformen sind notwendig“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! [...]“

Ich möchte im Zeichen des 70. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz noch einmal ganz deutlich machen, wie wichtig die Bekämpfung der geistigen Nachfolger des Nationalsozialismus ist. Dies gilt natürlich gerade für unser Land, in dem bekanntermaßen eine besonders aktive rechtsextremistische Szene existiert, die weiterhin von der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands unterstützt und begleitet wird.

Vor diesem Hintergrund halte ich bekanntermaßen das Verbot dieser Partei für notwendig, denn es würde die menschenverachtenden Strukturen der NPD in der Bundesrepublik, aber gerade auch hierzulande maßgeblich schwächen. [...] Hierzu bedarf es weiterer präventiver und repressiver Maßnahmen, die konsequent und natürlich auch auf Dauer angelegt sind.

In meinem Zuständigkeitsbereich sind Polizei und Verfassungsschutz dabei gleichermaßen gefordert. Bevor jedoch zielgerichtet gehandelt werden kann und wird, muss zu-

„ Es sind Fehler in der Einschätzung und im Vorgehen passiert. „

nächst eine zutreffende Wahrnehmung des Problems erfolgen. Daran hat es im NSU-Komplex in Gänze offensichtlich bundesweit gefehlt. Es sind Fehler in der Einschätzung und im Vorgehen passiert, die in keiner Weise akzeptabel sind und die sich deshalb auch in keiner Weise jemals wiederholen dürfen.

Ich habe in diesem Zusammenhang schon mehrfach betont, dass Reformen notwendig sind, die auch durch entsprechende Beschlüsse, beispielsweise in der Innenministerkonferenz, bereits angestoßen oder umgesetzt worden sind. [...]

Die Mitarbeiter der Landespolizei wurden, ergänzend zur polizeilichen Verwaltungsvorschrift, per Erlass angewiesen, in allen Fällen von Gewaltkriminalität, die wegen der Person des Opfers oder des Tatverdächtigen einen fremdenfeindlichen oder anderweitig politisch motivierten Hintergrund haben könnten, diese eingehend zu prüfen und diese Prüfung im Ermittlungsvorgang nachvollziehbar zu dokumentieren, [...] Dabei sind die Aussagen von Opfern und Opferzeugen noch stärker als bisher zu berücksichtigen.

Im Rahmen von Einzelfallprüfungen soll bei ungeklärten schweren Straftaten zukünftig eine Cold-Case-Unit eingesetzt werden. Diese Einheit wird aus erfahrenen Ermittlern bestehen, die bisher nicht mit dem Fall befasst waren – also ungeklärte oder zur Seite gelegte Fälle. [...]

Für das zukünftige innerpolizeiliche Informations- und Kommunikationsmanagement auf Bund-Länder-Ebene wird derzeit das Programm PIAV eingerichtet. Mit diesem Polizeilichen Informations- und Analyseverbund ist ein qualitativer Quantensprung von einem statischen Meldedienst zu einem dynamischen Informationsmanagement der Polizei von Bund und Ländern erfolgt. [...] PIAV dient dem Erkennen von Tat-Tat- und Tat-Täter-Zusammenhängen. Die Datenbasis wird Bund und Ländern gleichermaßen zur Verfügung stehen. [...]

Selbstverständlich wurde auch im Verfassungsschutzverbund eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um den Informationsaustausch und die Abstimmung zu verbessern. So ist zum Beispiel ein wesentliches Element die Inbetriebnah-

me eines erneuerten Nachrichtendienstlichen Informationssystems, das NADIS heißt, im Juni 2012 und dessen kontinuierliche Weiterentwicklung im Verfassungsschutzverbund. [...]

Der zentralen Zusammenführung von Informationen im Verfassungsschutzverbund trägt die von der Innenministerkonferenz im Dezember 2012 neu gefasste Richtlinie für die Zusammenarbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Landesbehörden für Verfassungsschutz Rechnung. Sie stärkt die Zentralstellenfunktion [...] des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Soweit rechtlich möglich, werden Konzepte entwickelt, die auf eine verstärkte Beobachtung besonders relevanter Personen im gewaltorientierten Rechtsextremismus abgestellt sind. [...]

Die von der IMK im Jahr 2013 beschlossene modulare Zusatzausbildung für Quereinsteiger beim Verfassungsschutz wurde vonseiten Mecklenburg-Vorpommerns von Beginn an unterstützt und wird umgesetzt. [...]

Ein Meilenstein für die Verbesserung des Informationssystems ist die Einrichtung des ‚Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus‘ sowie das später hinzugetretene ‚Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum‘ [...].

Die Verfassungsschutzbehörde des Landes ist durchgängig und intensiv in die Aktivitäten und Strukturen der Abwehrzentren eingebunden.

Eine wichtige Ergänzung für die Information und den Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden ist die ‚Koordinierte Internetauswertung, Forum Rechtsextremismus‘ [...]

Meine Damen und Herren, im interfraktionellen Antrag zur Erstellung des nun vorliegenden Berichts wird die Notwendigkeit einer engen Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteuren als Teil einer Neuausrichtung des Verfassungsschutzes des Landes

betont. Hier ist anzumerken, dass sich die Verfassungsschutzabteilung [...] seit Jahren in die Prävention gegen den Rechtsextremismus einbringt und dabei den Kontakt zu zivilgesellschaftlichen Strukturen hält. Insoweit trifft der auch vom NSU-Bundestagsuntersuchungsausschuss erhobene Vorwurf der ‚Schlapphut-Haltung‘ auf den Verfassungsschutz unseres Landes in der Form nicht zu. [...]

Wie Sie vielleicht wissen oder gehört haben, erfährt das Bundesverfassungsschutzgesetz in Berlin aktuell eine Überarbeitung, und wie es sich in einem Verfassungsschutzverbund gehört, werde ich Ihnen noch in diesem Jahr eine Überarbeitung unseres Landesgesetzes [...] vorlegen und vorschlagen. [...]

Mit Blick auf die wachsenden Gefährdungen im politischen Extremismus [...] hält die Landesregierung den Einsatz von Vertrauenspersonen zum Schutz der Menschen unseres Landes und zum Schutz der Werteordnung für absolut unverzichtbar. Damit wird auch der Auffassung der Bund-Länder-Expertenkommission Rechtsterrorismus gefolgt. [...]

Als Innenminister dieses Landes fühle ich mich besonders dazu verpflichtet, dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung wirksam zu entsprechen und die Mittel zur Gefahrenerkennung nicht leichtfertig über Bord zu werfen. [...] Es gilt: Kein Einsatz von Personen, die erhebliche Straftaten begangen haben! Kein Einsatz von Personen, die einen steuernden Einfluss auf die jeweiligen Beobachtungsobjekte haben! [...]

Wir müssen Polizei und Verfassungsschutz gemeinsam den Rücken stärken, damit sie den vom Gesetzgeber, also vom Hohen Haus erteilten Schutzauftrag für die Bevölkerung auch weiterhin motiviert wahrnehmen können. [...] Ich danke für die Aufmerksamkeit.“



Foto: Cornelius Kettler

Schülerinnen und Schüler der Don-Bosco-Schule Rostock verfolgen die Debatte auf der Besuchertribüne des Plenarsaals.

Bericht der Landesregierung

Am 30. Oktober 2013 hatte der Landtag die Landesregierung aufgefordert, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages landesspezifisch zu analysieren und in weitere Reformen der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern einzubeziehen (Drucksache 6/2346). Die gegebenenfalls betroffenen rechtlichen Grundlagen, wie etwa das Sicherheits- und Ordnungsgesetz und das Landesverfassungsschutzgesetz, sollen entsprechend überarbeitet werden. Über die Umsetzung soll die Landesregierung in regelmäßigen Abständen im zuständigen Innenausschuss berichten. Darüber hinaus erhält der Landtag mindestens einmal pro Jahr einen umfassenden Bericht. Dieser Bericht war Gegenstand der Aussprache am 29. Januar.

Drucksache 6/3536

Julian Barlen, SPD:

„Mehr Offenheit und Transparenz“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Innenminister Caffier, zunächst möchte ich mich selbstverständlich seitens der SPD-Landtagsfraktion für die Unterrichtung bedanken. Der Innenminister erfüllt damit natürlich einerseits den Auftrag des Landtages aus dem Entschließungsantrag aller demokratischen Fraktionen von Ende 2013, andererseits bietet ein solcher schriftlicher Bericht, und darum geht es uns jetzt im Folgenden ja, viel besser die Möglichkeit, die landesspezifische Relevanz der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses und die bisher eingeleiteten Reformmaßnahmen im Bereich der Polizei, im Bereich der Justiz, im Bereich des Verfassungsschutzes hier im Landtag deutlich strukturierter zu beraten und zu diskutieren. [...]

Meine Damen und Herren, ich darf noch mal in Erinnerung rufen: Die Tatsache, dass es den deutschen Sicherheits- und Ermittlungsbehörden über Jahre nicht gelungen ist, die rechtsterroristische Mord- und Überfallserie des sogenannten NSU früher zu erkennen und zu stoppen, hat zehn Menschen das Leben gekostet und insbesondere bei den Angehörigen und Opfern das Vertrauen in unseren Rechtsstaat zerstört. Bei allen Maßnahmen, über die wir im Folgenden und dann natürlich auch im Ausschuss sprechen werden, geht es daher darum, die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden dergestalt zu reformieren. [...]

Es geht also im Kern um die Haltung zum Vorhandensein rechtsextremer und rassistischer Kriminalität und Gewalt in unserer deutschen Gesellschaft, und es geht um die un-nachgiebige gemeinsame Bekämpfung derselben.

(Heinz Müller, SPD: Genau so.)

[...] Ich hätte mir gewünscht, dass bei der Herleitung der sachlichen Motivlage für den Bericht vor allem auf den massiven Schaden durch den NSU für unsere Gesellschaft und

für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abgestellt wird. [...]

Ich hätte mir gewünscht, dass man sich vor diesem Hintergrund zur Notwendigkeit einer selbstkritischen Überprüfung der Funktionsfähigkeit unserer Sicherheitsbehörden bekennt, und nicht vor dem Hintergrund, dass keiner was wusste und keiner beteiligt war. Das ist die logische Ausgangsvoraussetzung.

Die Gefahren des Rechtsextremismus – und das sagt der Untersuchungsausschuss des Bundes –, die Gefahren des Rechtsextremismus wurden auf allen Ebenen und über die gesamte Zeit hinweg verkannt und verharmlost. Es gab strukturelle rassistische Vorurteile als wesentliche Ursache für die fehlende Offenheit in der Ermittlung. Abschottung, Konkurrenzdenken und fehlende Eigeninitiative haben die länderübergreifenden Ermittlungen oftmals behindert. V-Leute wurden schlecht ausgewählt und zusätzlich unprofessionell geführt.

Diese Erkenntnisse [...] sind doch die treibende Kraft für alle Reformen. Darum geht es, und dieser Geist – tut mir leid – entströmt der Unterrichtung viel zu wenig, meine Damen und Herren. [...]

// Die Gefahren
des Rechtsextremismus wurden
verkannt und verharmlost. //

Im Bereich der Polizei enthält der Bericht – das muss ich ganz klar an dieser Stelle sagen – sehr viele sehr richtige Ansätze bei der besseren Datenabfrage, bei der Evaluation der Ermittlungsansätze, bei den Cold-Case-Units, bei der regelmäßigen Überprüfung der offenen Haftbefehle, bei der Überprüfung von Altfällen, beim angesprochenen polizeilichen Informations- und Analyseverbund bis hin zum Zugang zu Angeboten des Opferschutzes und vieles mehr. [...]

Meine Damen und Herren, in der Praxis muss sich insgesamt bei der Ermittlungsarbeit zeigen, wie die, Zitat, ‚erhöhte Sensibilisierung sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ermittlungsdienststellen‘ tatsächlich umgesetzt wird und sich bewährt. Vor allem die Verankerung dieser in meinen Augen wesentlichen Inhalte in der Aus- und Fortbildung ist hierbei elementar. Und hier möchte ich, meine Damen und Herren, auch wirklich inständig darum bitten, dass wir uns nicht zu schnell zufriedengeben. [...]

Meine Damen und Herren, besonders sensibel – und an dieser Stelle ist der Bericht in meinen Augen etwas widersprüchlich –, besonders sensibel ist ja die Feststellung, dass bei der polizeilichen Ermittlungsarbeit eine regelmäßige Prüfung von Gewaltverbrechen auf politische Motivlagen inklusive Dokumentation, auf alle Gewaltverbrechen bezo-



Lorenz Caffier stellt als Abgeordneter eine Zwischenfrage an Julian Barlen (SPD).

Foto: Cornelius Kettler

gen, zu einer Überlastung der vorhandenen Kräfte führen würde. Gleichzeitig wurde mit Blick auf die systematische polizeiliche Ermittlung aber die Anweisung erteilt, bei Gewaltkriminalität ein mögliches politisches oder fremdenfeindliches Motiv besonders intensiv zu prüfen und dies auch zu dokumentieren, wenn die Person von Opfer oder Täter dies nahelegt und sich in den ersten Ermittlungen nicht ein hinreichend konkreter Tatverdacht in eine andere Richtung ergibt.

Da sage ich: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Vorsicht an der Bahnsteigkante! In der Vergangenheit bestand aber genau hier an dieser Stelle das entscheidende Problem, dass sich nämlich viel zu früh vermeintliche, letztlich aber falsche Hinweise in genau diese anderen, nicht politischen, nicht fremdenfeindlichen Richtungen ergeben haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Deshalb komme ich mit Blick auf den Bericht und auch auf die weiteren Diskussionen in den Ausschüssen und im Ausschuss zu der Überzeugung, an einer wie auch immer operationalisierten regelmäßigen Überprüfung einer politischen und fremdenfeindlichen Motivlage führt letztlich kein Weg vorbei. [...]

Meine Damen und Herren, letzter Punkt zur Polizei: Die Passage zur Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz

ist natürlich ganz offenkundig noch nicht zu Ende gebracht – das ist aber auch dem Innenministerium klar – und deshalb müssen wir an dieser Stelle weiter beraten.

*(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war sehr vorsichtig formuliert, Herr Barlen.)*

Kommen wir zum Bereich der Justiz. Hier sind wir in der Tat – also bei den Reformschritten in der Justiz – sehr wesentlich von der Bundesebene abhängig. Es bleibt unseres Erachtens dabei, dass es einer maßvollen Erweiterung der Zuständigkeiten des Generalbundesanwaltes bedarf und die Länderstaatsanwaltschaften auch klare Vorlagepflichten gegenüber dem Generalbundesanwalt haben müssen. [...] Es muss eine zentrale Führung geben. Das Kompetenzgerangel, was in der Vergangenheit zu diesen schlimmen Problemen geführt hat, darf so nicht weiterexistieren. [...]

Kommen wir also zum Verfassungsschutz. Hierbei gibt es mit Blick auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern unseres Erachtens doch einigen Diskussionsbedarf, das haben schon die Diskussionen hier im Landtag an vorangegangenen Stellen deutlich gezeigt. Besonders wesentlich erscheint uns neben der Zentralstellenkompetenz des Bundesamtes, neben der auch von Innenminister Caffier ausführlich angesprochenen Frage der V-Mann-Führung sowie dem in der Unterrichtung in der Tat sehr umfänglich dargestellten konsequenten Erkenntnisaustausch ein neues Selbstverständnis

für mehr Offenheit und Transparenz in der Verfassungsschutzarbeit hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren. Und ein intensiverer Austausch mit der Wissenschaft und mit der Zivilgesellschaft, der wird sich nicht von alleine ergeben, sondern der muss aktiv gestaltet werden. [...]

Meine Damen und Herren, dabei erkennen wir die positiven Schritte der Öffnung des Verfassungsschutzes, also Stichworte wie Fachtagungen, Veranstaltungen, Präventionstage, eigene Informationsstände, ausdrücklich an, das möchte ich an der Stelle wirklich sagen. Das erkennen wir ausdrücklich an.

Um das antiquierte Bild des Verfassungsschutzes [...] hinter sich zu lassen und um am Ende auch als Verfassungsschutz eine moderne Behörde zu sein, muss in meinen Augen mehr passieren. [...]

Wie gelingt uns das? Was ist zum Beispiel mit einer öffentlichen Analyse, Herr Ringguth, zum Thema ‚MVgida und Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern‘? Das ist doch ein gutes Thema. MVgida und rechtsextremistische Vernetzungen in Mecklenburg-Vorpommern sind von absolutem öffentlichen politischen Interesse.

In anderen Bundesländern [...] haben die Verfassungsschutzämter das Phänomen der Pegida-Ableger beispielsweise für ihre Bundesländer analysiert und die Öffentlichkeit regelmäßig darüber informiert. Das ist also durchaus möglich, an dieser Stelle mehr zu machen. [...]

Ausdrücklich erneut bekräftigen möchte ich in diesem Sinne, Herr Minister Caffier, dass es sehr gut ist, dass Sie diesen Bericht vorgelegt haben, und dass es hervorragend in der Sache ist, dass wir durchaus konstruktiv-kritisch in der Sache, aber vor allen Dingen mit dem gemeinsamen Ziel vor Augen weiter daran arbeiten werden, dass sich der Schrecken des NSU in Deutschland und bei uns in Mecklenburg-Vorpommern nicht wiederholen wird, und vor allen Dingen, dass wir gemeinsam dafür eintreten werden – und da sind wir Seite an Seite –, dass die Opfer und deren Angehörige, deren Familien, deren Freunde Schritt für Schritt wieder Vertrauen in unseren Rechtsstaat schöpfen können.

Diesen Reformprozess, den werden wir als SPD im Landtag, und den werden wir auch als SPD auf Bundesebene aktiv weiter unterstützen. Ich wünsche uns für heute

(Udo Pastörs, NPD: Alles Gute.)

und anschließend im Ausschuss gute und in diesem Sinne zielführende Beratungen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren. [...]

Peter Ritter, DIE LINKE:

„So kann es nicht weitergehen“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte zum Abschluss des Redebeitrags des Kollegen Barlen nehme ich mit Interesse zur Kenntnis, sie nährt aber in mir die Hoffnung, dass wir bei der Behandlung dieses wichtigen Themas vielleicht aus diesem starren Korsett – hier die Koalitionsfraktionen, dort die demokratischen Oppositionsfraktionen – herauskommen und über diese Grenzen hinaus die notwendigen Schlussfolgerungen aus dem NSU-Desaster ziehen können, und das gemeinsam.

Und deshalb, sehr geehrter Herr Innenminister, teile ich Ihre Eingangsbemerkungen zum Umgang mit dem Rechtsextremismus im Allgemeinen und der NPD im Besonderen.

Auch Ihren anfänglichen Verweis auf die Fehler der Ermittlungsbehörden teile ich. Ihre Schlussfolgerung aber, es seien bereits umfangreiche Reformvorhaben eingeleitet, teile ich nicht. Ich teile auch nicht Ihre Feststellung, dass es zum Beispiel bei den Gesetzen unseres Landes und den entsprechenden Verordnungen keinen Regelungsbedarf gäbe. Wenn es denn so wäre, stellt sich doch die Frage, warum NSU-Verbrechen auch in Mecklenburg-Vorpommern möglich waren.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion kommt daher nicht umhin, festzustellen, dass der jetzt vorliegende Bericht nicht das ist, was meine Fraktion erwartet hat, und auch nicht das ist, was der Landtag erwarten musste. Der Bericht erfüllt auch nicht das, was der Deutsche Bundestag gemeint hat, als er die Landtage aufforderte, seine Empfehlungen nicht ad acta zu legen, sondern wirksam umzusetzen. Auch deshalb ist es zwingend geboten, dass dieser Bericht mit der heutigen Debatte nicht nur zur Kenntnis genommen wird, vielmehr ist es geboten, dass wir bei diesem Verfahrensstand als Landtag mit seinen Ausschüssen noch viel aktiver werden, um uns mit dieser Problematik auseinanderzusetzen. [...]

„ Der Bericht wird den Anforderungen und Erwartungen nicht gerecht. „

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb zu diesem Bericht vier Anmerkungen machen:

Erstens. Es ist gut, dass es nun endlich diesen öffentlichen Bericht gibt. Landtag und Landesregierung wissen nun voneinander, und im Grunde wissen beide, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die 47 Reformempfehlungen als Minimalkonsens fraktionsübergreifend vom Deutschen Bundestag getragen und deren schnellstmögliche landesspezifische Umsetzung von den demokratischen Fraktionen des Landtages einstimmig beschlossen wurde, wird der vorliegende Bericht den hieraus erwachsenen Anforderungen und Erwartungen insgesamt nicht gerecht. Im Gegenteil, der Bericht spricht sich weit überwiegend gegen den Auftrag des Landtages nach landesspezifischer Analyse und Umsetzung der Empfehlungen aus.

Rund 15 Empfehlungen des Bundestages wären in der Lesart der Landesregierung für unser Land überflüssig. Das ge-

forderte Handeln sei in Mecklenburg-Vorpommern schon immer gang und gäbe gewesen. Deliktübergreifende Einschätzungen, spezialisierte Opferberatung, interkulturelle Kompetenz, V-Leute-Definition – alles schon immer so gehabt, alles kann so bleiben. Da sagt meine Fraktion deutlich Nein. [...]

Zweitens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, statt Selbstgerechtigkeit ist in Mecklenburg-Vorpommern mit einem NSU-Mordfall und zwei Banküberfällen eine selbstkritische Reflexion der eigenen Sichtweise unserer Behörden auf die Mordserie und den unterschätzten Rechtsterrorismus dringend geboten. [...]

Im Polizeibereich wird für V-Personen aktuell kein Änderungsbedarf gesehen. Für den Verfassungsschutz wird stolz verkündet, dass sich die derzeitige Rechtslage für den Einsatz von Vertrauenspersonen bewährt hat. ‚Bewährt hat‘ – vor dem Hintergrund der NSU-Verbrechen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soll man deshalb hier lachen oder weinen? Das Lachen vergeht einem spätestens dann, wenn man zur Umsetzung der Bundestagsempfehlung Nummer 38 kommt. Hier wird gefordert, dass der Verfassungsschutz ein neues Selbstverständnis der Offenheit und keine Schlapphut-Haltung der Abschottung



Demonstration in Schwerin für Weltoffenheit und Toleranz am 9. Februar.

Foto:

braucht. Der Innenminister ist darauf eingegangen. Aber hier kommt der vorliegende Bericht nicht umhin, den Landtag eines Besseren zu belehren, wie es auch der Innenminister in seinen Ausführungen heute wieder getan hat, denn der erhobene Vorwurf der Schlapphut-Haltung treffe auf den Verfassungsschutz unseres Landes so nicht zu. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Realität sieht aber anders aus. [...]

Drittens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der entsprechende Bericht der Bundesregierung vom 26. Februar 2014 an den Bundestag ist zumindest bemüht, den Umsetzungsstand im Einzelnen nachvollziehbar und mit ausdrücklichem Verweis auf die jeweilige Empfehlung darzustellen. Dagegen weckt der vorliegende Bericht der Landesregierung den Verdacht, genau dies verhindern zu wollen. [...]

Wir haben das dennoch getan und die 47 Empfehlungen in einer Tabelle neben den Bericht gelegt. Und wenn man das macht, wird man schnell erkennen, dass kaum eine der Empfehlungen des Bundestages bislang umgesetzt worden ist oder dass kaum zu erkennen ist, dass eine der 47 Empfehlungen des Bundestags-PUA umgesetzt werden soll. Der Mühe sollten wir uns also unterziehen, dies auch im Innenausschuss noch einmal zu dokumentieren. [...]

Die vierte Anmerkung resultiert ebenfalls aus einem Vergleich mit dem Bericht der Bundesregierung, und das ist für mich sozusagen auch eine Messlatte im Herangehen. Während die Bundesregierung eine Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle ausdrücklich befürwortet und entsprechende Initiativen aus dem Bundestag begrüßen würde, hat unsere Landesregierung zu den Empfehlungen Nummer 41 bis 43 ein völlig anderes Verständnis. Ihr Reformverständnis orientiert sich nicht auf die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle, sondern lediglich auf die personelle und finanzielle Ausstattung beziehungsweise Stärkung der Verfassungsschutzbehörde. Hier müssen wir entschieden entgegensteuern, liebe Kolleginnen und Kollegen, und deshalb möchte ich namens meiner Fraktion den demokratischen Fraktionen des Landtages vorschlagen, dass wir uns zeitnah mit einer grundsätzlichen Positionierung zu einer PKK-Reform hier im Land Mecklenburg-Vorpommern befassen. [...]"

Original-Debatte



Die Redebeiträge der Abgeordneten wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurde die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Die Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen: [www.landtag-mv.de \(Plenarprotokolle\)](http://www.landtag-mv.de (Plenarprotokolle)).

Auf dem *Youtube-Kanal* des Landtages finden Sie das Video der Plenarsitzung, sodass Sie sich die Debatte auch anschauen können.

Michael Silkeit, CDU:

„Vieles trifft auf M-V nicht zu“



Foto: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich zu dem Thema ausführen will, möchte ich eigentlich gerne noch zwei Vorbemerkungen vorausschicken. Die könnte ich sicherlich auch irgendwo in meine Rede einbauen, aber ich denke, die sind vielleicht an dieser Stelle nicht verkehrt.

Zum Ersten: Ich stelle immer wieder fest, wenn Menschen über den Verfassungsschutz diskutieren, betrachten sie ihn wie einen normalen Teil

*(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Eine öffentliche Verwaltung, ja, genau.)*

der öffentlichen Verwaltung. Sie nicht. Sie nicht, das war mir vollkommen klar. Wir reden aber über einen Geheimdienst. Und wenn wir über einen Geheimdienst reden, dann gibt es weltweit Regularien, die die Arbeitsweise und den Aufbau eines Geheimdienstes definieren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zum Beispiel macht man das unter Freunden nicht.)

daraus folgen auch Verlautbarungen, Öffentlichkeitsarbeit und Co. Ich hätte mir gewünscht – bei all der Kritik meines geschätzten Kollegen Barlen an dem hiesigen Landesamt für Verfassungsschutz –, auch mal einen kleinen Blick über die Ländergrenzen zu tun. Ich habe es gerade noch mal schnell gemacht und habe auf die Seiten von Bremen, Brandenburg, Thüringen und Rheinland-Pfalz – rein zufällig alles Bundesländer mit SPD-Beteiligung – geschaut, und siehe da, dort sieht es genauso aus.

(Rainer Albrecht, SPD: Deswegen muss es ja nicht richtig sein. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also haben wir in Deutschland vielleicht ein Problem bei der Öffentlichkeitsarbeit, aber beileibe nicht nur in Mecklen-

burg-Vorpommern. Ich denke, das gehört einfach auch mit zur Wahrheit.

Der Bericht des Innenministeriums zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages umfasst – das ist hier dargestellt worden – 29 Seiten, die Beschlussempfehlung und der Bericht des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages – auch das ist gesagt worden – 1.386 Seiten. Auf den ersten Blick mag unser Bericht in Mecklenburg-Vorpommern etwas dünn ausfallen, aber eben nur auf den ersten Blick. Denn wie so oft im Leben sollte man nicht auf Äußerlichkeiten abstellen. Der Unterschied resultiert schon ganz einfach daraus, dass das eine ein Untersuchungsbericht mit Beweiserhebung und mit allem Drum und Dran ist, und das andere ein sehr gut strukturierter Bericht ist über das, was bisher in Mecklenburg-Vorpommern realisiert wurde.

Ich denke, diese 29 Seiten haben auch eine gewisse Signalwirkung, denn sie sollen verdeutlichen, dass eben vieles – und das hat der Kollege Ritter möglicherweise auch in eine andere Richtung ausgelegt –, dass eben vieles, was der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages an Bundesbehörden oder Landesbehörden kritisiert hat, nicht auf unser Bundesland zutraf.

Nehmen Sie das einfache Beispiel ‚Verfolgung rechter Motive in dem Mordfall in Mecklenburg-Vorpommern‘. Die sind sehr wohl von dem LKA verfolgt worden, aber dann aus den dem Kollegen Ritter bekannten Gründen verworfen worden. Nehmen Sie den Vorschlag Mecklenburg-Vorpommerns, einen einheitlichen Ermittlungsansatz zu fahren, die Führung des Ermittlungsverfahrens in einer Hand zu konzentrieren. Auch das – das ist den Unterlagen zu entnehmen – war ein Vorschlag Mecklenburg-Vorpommerns und wurde verworfen. Das wären jetzt zum Beispiel schon zwei Hinweise des NSU-Untersuchungsausschusses, wo ich sage, es wäre eine rhetorische Übung, darauf hinzuweisen, dass wir das ja alles schon gemacht haben. [...]

Die Bandbreite der Neuerungen reicht bei der Polizei, bei der Justiz und beim Verfassungsschutz von der eingehenden Prüfung und Dokumentation möglicher rechtsextemer Hintergründe bei allen Gewaltdelikten – dazu sage ich nachher noch ein Wort – über die umfassende polizeiliche Datenabfrage, den Ausbau des Polizeilichen Informations- und Analyseverbundes (PIAV) bis zur regelmäßigen Überprüfung abgeschlossener Fälle. Aber auch das Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus oder das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum sollten an dieser Stelle durchaus ihre Erwähnung finden. Gleichwohl finden Sie im Bericht die Rechtsextremismus-Datei RED, ein Mehr an Opferschutz und den Ausbau der interkulturellen Kompetenz aller Mitarbeiter unserer Sicherheitsbehörden. An dieser Stelle erlaube ich mir auch den Hinweis: Es steht das Wort ‚Ausbau‘ nicht ‚Aufbau‘! Auch hier hatten wir in der Vergangenheit keine Defizite, denn ich kenne viele Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die in der

Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern arbeiten. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an zentraler Stelle des NSU-Untersuchungsausschussberichtes des Deutschen Bundestages steht die Feststellung, dass rassistische Tatmotive bei Gewalttaten nie mehr von vornherein ausgeschlossen werden dürfen, nachzulesen in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag vom 30.12.2014. Diese zentrale Feststellung finden wir deshalb ganz oben in dem Bericht der Landesregierung.

// Die Sicherheit der Bevölkerung steht an oberste Stelle. //

Auch in die Erlasse für die Arbeit der Landespolizei hat diese Feststellung bereits rechtsverbindlich Einzug gehalten, und sie verpflichtet jeden Polizeibeamten in Fällen von Gewaltkriminalität, bei der aufgrund der Personen – des Opfers oder des Tatverdächtigen – ein fremdenfeindliches Motiv als möglich erscheint, dieses Motiv in die Ermittlung mit einzubeziehen. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für mich steht fest, der Verfassungsschutz ist unsere einzige gesetzlich zulässige Form der Frühwarnung. Sie funktioniert womöglich nicht immer zu hundert Prozent, und vielleicht werden manche Informationen auch gar nicht erlangt oder nur unzureichend interpretiert, aber es ist unsere einzige Chance, mögliche Attentate wie in Frankreich und Belgien im Vorfeld aufzuklären und zu verhindern.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau. Sehr richtig. Und deshalb beleidigt man solche Behörden nicht.)

Vor dem Hintergrund unserer deutschen Geschichte kann ich durchaus Ressentiments gegenüber dem Geheimdienst verstehen. Aber ich denke, gleichwohl sensibilisieren uns diese Erfahrungen. Auch unterschiedliche Auffassungen über die Struktur und die Arbeitsweise der Geheimdienste sind legitim, aber darüber sollten wir zunächst im zuständigen Ausschuss diskutieren. Aber eines erkläre ich hier auch in aller Deutlichkeit, und zwar in aller Deutlichkeit für meine Fraktion und für mich: Die Sicherheit und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung stehen für uns an oberste Stelle, und daran kann und daran wird es auch keine Abstriche mit uns geben. Diesem Sicherheitsbedürfnis haben wir unfähig Rechnung zu tragen, und dafür brauchen wir einen starken und arbeitsfähigen Verfassungsschutz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Redebeiträgen meiner Vorredner war unschwer der Wunsch nach weiterem Gesprächsbedarf zu entnehmen. Insofern wird es Sie auch nicht verwundern, dass ich mich den Vorschlägen meiner Vorredner anschließe und um Überweisung in den Innenausschuss bitte. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.“

David Petereit, NPD:

„Die Wahrheit wird man wohl nie erfahren“

Foto: Cornelius Kettler



„[...] Sie mögen es hundertmal aufschreiben, dass es angeblich keine Verstrickungen des Staates gab, allerdings sind in den Schilderungen zum NSU so viele V-Leute aufgetaucht und so viele Akten vernichtet worden, dass man die Wahrheit wohl nie erfahren wird. Das Ganze ist so glaubwürdig wie der Verfassungsschützer, der im Internetcafé sitzt, während nebenan jemand erschossen wird, der Schlapphut aber nichts gemerkt haben will, obwohl er beim Verlassen des Internetcafés hätte über die Leiche stolpern müssen. [...]

/// Sie profilieren sich über die Opfer. ///

Und ich wiederhole hier, was ich schon vor einiger Zeit sagte: Der NSU, so, wie er dargestellt wird, ist das Beste, was Ihnen passieren konnte. Denn Sie vereinnahmten die Getöteten, welche als Opfer des NSU gelten, und profilieren sich über die Opfer.

Und Sie legitimieren den Ausbau der Repression und des Überwachungsstaates gegen Oppositionelle. Das wird in diesem Zwischenbericht einmal mehr deutlich.

Grundsätzlich gibt es ja ein Trennungsgebot von Geheimdiensten und der Polizei. Nun gibt man sich in Mecklenburg-Vorpommern rege Mühe, dies zu umgehen. Von verstärkten gegenseitigen Hospitationen zwischen Verfassungsschutz und der Landespolizei ist zum Beispiel die Rede.

Das kann ich mir richtig gut vorstellen, wie das eine halbe Jahr die einen zum Verfassungsschutz kommen und im anderen halben Jahr der Verfassungsschutz zur Polizei. Die Behörden bleiben natürlich getrennt, natürlich, denn man hospitiert ja nur.

Ebenso interessant dürfte sich die polizeiliche Verwaltungsvorschrift [...] ‚Regelung zur Bekämpfung des Rechtsextre-

mismus in Mecklenburg-Vorpommern‘ lesen. Nur ist die offenbar geheim, da sie trotz Anfrage nicht herausgegeben werden durfte. Eine Polizei, die Geheimes tut, kann man wohl als ‚Geheimpolizei‘ bezeichnen.

(Tino Müller, NPD: Geheime Staatspolizei.)

Damit nicht genug. [...] Die Polizeiführung erkennt also ‚falsche‘ Schwerpunktsetzung und führt anschließend selbstverständlich die untergeordneten Beamten auf den richtigen Weg zurück.

(Michael Andrejewski, NPD: Politische Korrektur.)

[...] Geht dann doch mal was durch, kann immer noch der Staatsanwalt korrigierend eingreifen, denn die Staatsschutzsachen werden ja ausschließlich von erfahrenen Sonderdezernenten bearbeitet, die regelmäßig und intensiv geschult werden, mit Polizei und Verfassungsschutz telefonieren und natürlich auch ‚hospitieren‘.

(Michael Andrejewski, NPD: Parteibuchgestützt.)

Einen schönen Laden zur politischen Verfolgung haben Sie sich da zusammengezimmert [...]

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Die Bilanz ist ernüchternd“



Foto: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...]

Im gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses landesspezifisch zu analysieren und die für Mecklenburg-Vorpommern relevanten Empfehlungen für die Bereiche Polizei, Justiz und Verfassungsschutz schnellstmöglich umzusetzen. [...]

Die Bilanz ist nach der Lektüre des Berichts schlicht und ergreifend ernüchternd. [...]

Auch habe ich den Eindruck, aus diesem Bericht spricht in vielen Punkten der Mangel eines Mentalitätswechsels. [...]

Im Innenausschuss [...] kommt es dann unter den Demokraten in der Tat zum Schwur, ob wir bereit sind, Schlussfolgerungen aus den Feststellungen des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zu ziehen, oder ob wir ohne Einigung herausgehen mit einem Bild, was in der Öffentlichkeit heißt: Keine Schlussfolgerungen, weiter so! Mich würde das sehr enttäuschen. [...]

// Der Bericht zeigt den Mangel eines Mentalitätswechsels. //

Ich will mich auf einen Punkt konzentrieren. [...] Das ist der Bereich der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes. Nach den Feststellungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, Zitat, ‚fehlte es im Untersuchungszeitraum weitgehend an einer parlamentarischen Kontrolle der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden zum Untersuchungsgegenstand.‘ Sie finden das auf Seite 865.

Nach den Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages bedarf es der Stärkung einer systematischen und strukturellen Kontrolle. Einzelne Tätigkeitsbereiche der Nachrichtendienste, so beispielsweise auch der in der Arbeit des Untersuchungsausschusses als höchst problematisch erkannte Bereich des Einsatzes der V-Leute, müssen gezielt untersucht werden. Die parlamentarischen Kontrollgremien müssen schlagkräftiger werden und eine dauerhafte Kontrolltätigkeit ausüben können. Dafür bedarf es einer ausreichenden, professionellen Personal- und Sachausstattung. [...]

Wenn der Parlamentarische Untersuchungsausschuss die Feststellung trifft, dass die Kontrollorgane, die PKK, ausgestattet werden müssen, personell ausgestattet werden müssen, dann ist das schon ein Teil der Antwort, wie man parlamentarische Kontrolle qualifizieren kann. Und dann ist das keine alberne Feststellung, sondern dann ist das ein ernsthafter Ansatz, über den wir hier auch in diesem Landtag ernsthaft nachdenken müssen. Das kann man nicht so pauschal abtun, sondern es geht darum, wie man die parlamentarische Kontrolle stärken kann. [...]

Ich habe dazu eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Sie finden die Beantwortung auf Drucksache 6/2657. Auch da wird deutlich, mit welcher Mentalität das beantwortet wird [...]:

‚Den umfassenden Kontrollrechten der Parlamentarischen Kontrollkommission [...] steht das Erfordernis der Funktionsfähigkeit des Verfassungsschutzes gegenüber. Die Funktionsfähigkeit bedingt, dass von den parlamentarischen Befugnissen mit fachlichem Augenmaß Gebrauch gemacht wird und nicht vorrangig tagespolitische Auseinandersetzungen den Kontrollprozess bestimmen. Die Anwendung des Mehrheitsprinzips in der Parlamentarischen Kontrollkommission sichert insoweit bei Wahrung der sachbezo-

genen und fachlichkeitsorientierten Kontrolle die gesetzlich vorgegebene Funktionsfähigkeit des Verfassungsschutzes.‘ [...]

Verfassungsschutzbehörden, wenn man sie denn will, müssen arbeiten können, müssen dann auch mit Vertrauen ausgestattet werden können, aber sie müssen auch kontrolliert werden können. [...]

Ich hoffe sehr, dass die Überweisung in den Innenausschuss [...] dazu beiträgt, ernsthaft darüber nachzudenken, wie wir die parlamentarische Kontrolle stärken, aber auch, dass wir ernsthaft darüber nachdenken, wie wir eine Reform der Sicherheitsbehörden auf Landesebene durchsetzen können. [...] Ich glaube, dass dies dazu führen sollte, konstruktiv darüber nachzudenken, inwieweit kriegt man hier eine gemeinsame Linie im Sinne von richtigen, notwendigen Schlüssen aus der katastrophalen Arbeit der Sicherheitsbehörden um den NSU herum. – Ich danke Ihnen herzlich.“

Abstimmung

Der Bericht der Landesregierung wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD, zur Beratung an den Innenausschuss überwiesen. *Drucksache 6/3536*

Landtag vor Ort

Foto: Landtag M-V



v.l. Die Landtagsabgeordneten Henning Foerster, Helmut Holter (beide DIE LINKE) und Thomas Krüger (SPD)

Am 21. Februar beteiligte sich der Landtag am Aktionstag der überparteilichen Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ im Schweriner Schlossparkcenter. Am Landtags-Informationsstand konnten sich die Besucherinnen und Besucher über Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landesparlaments informieren, ihr Wissen testen und mit Abgeordneten sprechen. Auch der Bürgerbeauftragte des Landes Matthias Crone war vor Ort. Im Rahmen der Veranstaltung überreichte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider eine Demokratie-Aktie an das Schlossparkcenter Management Schwerin, das auch auf diese Weise ehrenamtliches Engagement für Demokratie und Toleranz unterstützt. An dem Aktionstag beteiligten sich 27 Vereine, Verbände, Initiativen und Organisationen.



Foto: Jens Büttner

Finanzierung der Hochschulen

Finanz- und Bildungsausschuss beraten Landesrechnungshof-Bericht

Die vom Land zur Verfügung gestellten Grundmittel je Studierenden seien im Vergleich zu anderen Hochschulen in der Bundesrepublik überdurchschnittlich, stellt der Landesrechnungshof fest, der im Auftrag des Bildungsministeriums und der Hochschulen die Finanzierung der staatlichen Hochschulen im Land unter die Lupe genommen hatte und am 22. Januar seinen Bericht im Finanz- und im Bildungsausschuss vorstellte. Anhaltspunkte für eine strukturelle Unterfinanzierung gebe es nicht. Allerdings sieht der Rechnungshof Effizienzreserven.

Die Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern sei durch einen kostenintensiven Fächermix mit zwei Universitätsmedizinen geprägt, stellt der Rechnungshof fest. Auch bleibe verhältnismäßig wenig Geld für die Forschung übrig, da bei beiden Universitätsmedizinen die Ressourcen schwerpunktmäßig in das Lehrangebot gelenkt würden. Der Bericht empfiehlt eine verstärkte Kooperation der Standorte Rostock und Greifswald.

Erhebliche Probleme sieht der Rechnungshof auch bei der strategischen Hochschulsteuerung durch das Land. So entfalte das System des Globalhaushaltes nicht die erforderliche Steuerungswirkung. Ferner sei das Rechenwerk intransparent, uneinheitlich und unvollständig. Auch seien die Hochschulen nicht an die aufgestellten Wirtschaftspläne gebunden. Die Aufsicht des Bildungsministeriums sei letztlich weitgehend unwirksam.

In seinem Bericht stellt der Landesrechnungshof einen erheblichen Investitions- und Instandhaltungstau fest. Die derzeitigen Mittelansätze würden aufgrund der beiden kostenintensiven Universitätsmedizinen weder deren Bedarf noch den der anderen Hochschulen decken. Der Rechnungshof empfiehlt, aus den frei werdenden Landesanteilen am Studenten-BaföG 3,8 Mio. Euro den Hochschulen ohne Medizin zusätzlich zur Verfügung zu stellen sowie die Instandhaltungssätze der Hochschulen um insgesamt 2,2 Mio. Euro pro Jahr anzuheben.

Die Angeordneten dankten für den Bericht. Sie hinterfragten einzelne Punkte, etwa die Empfehlung, ein Budget-Referat im Bildungsministerium einzurichten. Eine Oppositionsfraktion kritisierte, dass der Landesrechnungshof keinen ausschließlichen Prüfbericht vorgelegt, sondern auch eine Vielzahl von Deutungen und Empfehlungen für die Politik aufgeführt habe. Zudem monierten einzelne Abgeordnete die Aussage, es liege keine strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen vor. Hierfür hätte nach ihrer Meinung keine ausreichende Datenlage vorgelegen.

Seine Beratungen zum Bericht setzte der Finanzausschuss am 5. März mit einer öffentlichen Sachverständigen-Anhörung fort.

*Sonderbericht zur Prüfung der Hochschulfinanzierung
Drucksache 6/3609*

Ausschüsse vor Ort

Wirtschaftsausschuss auf der Grünen Woche

Am 22. Januar besuchte der Wirtschaftsausschuss die Internationale Grüne Woche, die vom 16. bis 25. Januar in Berlin stattfand. Unser Land präsentierte sich in diesem Jahr – wie seit 2000 in einer eigenen Länderhalle – unter dem Motto „25 Jahre – Genieße Mecklenburg-Vorpommern“. 39 Verkaufs- und Präsentationsstände mit 60 Ausstellern boten eine umfangreiche Palette an regionalen Spezialitäten und Produkten, informierten über aktuelle Trends und Innovationen in der Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig warben Tourismusregionen für ihre Urlaubs- und Wellnessangebote. Bei ihrem Messerundgang sprachen die Abgeordneten mit zahlreichen Ausstellern. Diese zeigten sich sowohl mit dem Verlauf der Messe als auch mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr zufrieden. Schwierig sei es für das Bäcker- und Fleischerhandwerk, geeignete Auszubildende zu finden. Einige Unternehmen konnten durch das Sonderprogramm MobiPro-EU ausbildungsinteressierte Jugendliche aus Europa für eine Ausbildung in M-V gewinnen.

Bildungsausschuss im Müritzeum

Der Bildungsausschuss führte seine erste Sitzung im neuen Jahr am 14. Januar in Waren/Müritz durch, um sich über die Situation des Müritzeums zu informieren.

Fotos: Landtag M-V



Beim Rundgang durch die Länderhalle.: v.l. Lutz Scherling (Landwirtschaftsministerium), Ausschuss-Vorsitzender Dietmar Eifler, Regine Lück (DIE LINKE), Rainer Albrecht (SPD), Dirk Sprotowski (Mitarbeiter SPD-Fraktion), Jutta Gerkan (B'90/DIE GRÜNEN).



Geschäftsführerin Andrea Nagel (r.) führte die Abgeordneten durch das Müritzzeum – hier im Ausstellungsbereich der Aquarienlandschaften.

Das seit 2007 bestehende Müritzzeum gehört mit Deutschlands größtem Süßwasseraquarium für heimische Fische zu einer der führenden Erlebniswelten unseres Landes. In multimedialen und interaktiven Ausstellungsräumen können die Besucher die Tiere und Pflanzen sowie Wasserwelten des Müritz-Nationalparks und der Mecklenburgischen Seenplatte erleben. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler hat das Müritzzeum jede Menge zu bieten.

Nach dem Rundgang sprachen die Abgeordneten mit Andrea Nagel unter anderem über das Bildungsangebot des Müritzzeums sowie den Förderbedarf zum Erhalt der Einrichtung.

Beirat für Biosphärenreservat

Der Aufbau des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe soll durch einen Beirat unterstützt werden. Ihm gehören der für die Region zuständige Landrat sowie vier Abgeordnete des Landtages an. Der Agrarausschuss benannte hierfür die Abgeordneten Jörg Heydorn (SPD), Maika Friemann-Jennert (CDU), Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) sowie Dr. Ursula Karlowski (B'90/DIE GRÜNEN).

Sonderhilfen für Kommunen

Finanz- und Innenausschuss prüfen Umsetzungsstand

Um die Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich (FAG) hinaus zu unterstützen, stellt das Land weitere Gelder bereit: 100 Mio. Euro Sonderhilfen, 160 Mio. Euro Unterstützungshilfe, einen Haushaltskonsolidierungsfonds von 100 Mio. Euro sowie einen Kofinanzierungsfonds von 50 Mio. Euro. In einer nicht öffentlichen Anhörung befragten Finanzausschuss und Innenausschuss am 15. Januar Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie des Innen- und des Finanzministeriums zum Stand der Umsetzung dieser Sonderhilfen.

Der Landkreistag M-V erklärte, dass von 100 Mio. Sonderhilfen, die in den Jahren 2014 bis 2016 ausgezahlt werden sollen, der Betrag für 2014 zur Verfügung gestellt worden sei und der Teilbetrag für 2015 noch im Januar ausgezahlt werde. Die Unterstützungshilfe werde über einen Zeitraum von vier Jahren über den FAG-Schlüssel verteilt. Dies sei bisher reibungslos erfolgt. Lediglich beim Haushaltskonsolidierungsfonds stehe bei einem Landkreis für die Auszahlung noch der Abschluss einer Konsolidierungsvereinbarung aus. Der Vertreter des Städte- und Gemeindetages M-V dankte den Abgeordneten dafür, dass die kommunalen Sonderhilfen über den Nachtragshaushalt sehr schnell zur Verfügung gestellt worden seien. Mit dem Kofinanzierungsfonds konnten insbesondere auch kleine, strukturschwache Gemeinden den Eigenanteil für dringende Investitionen aufbringen.

Laut Innenministerium hat der interministerielle Vergaberat von August 2012 bis Oktober 2014 mehr als 468 Anträge beraten und die Förderung von bisher 273 Vorhaben positiv beschieden. Dies umfasse ein Fördervolumen von 35,32 Mio. Euro. Für den Haushaltskonsolidierungsfonds lagen bis Ende 2013 insgesamt 31 Anträge vor.

Bei der Anhörung hoben die Koalitionsfraktionen insbesondere die positive Wirkung des Kofinanzierungsfonds hervor. Eine Oppositionsfraktion wertete die vielfältigen Sonderhilfen als Eingeständnis dafür, dass die eigentliche FAG-Masse nicht ausreiche.

Ostseeparlamentarier

Standing Committee der BSPC beriet in Brüssel



Foto: Landtag M-V

Die BSPC-Vorsitzende Sylvia Bretschneider und der Europäische Gesundheitskommissar Vytenis Andriukaitis (beide Bildmitte) mit dem BSPC-Vizevorsitzenden Jānis Vucāns und der Vorsitzenden der Baltischen Versammlung Giedrė Purvaneckienė.

Unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin und BSPC-Vorsitzender Sylvia Bretschneider führte die Ständige Kommission der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference BSPC) ihre erste Beratung des neuen Jahres am 23. Januar in Brüssel durch. Schwerpunktthemen waren Gesundheits- und Sozialwesen. Der MV-Abgeordnete Jochen Schulte, Maritimer Berichterstatter der BSPC, stellte neue Entwicklungen in diesem Themenfeld seit der vergangenen Jahreskonferenz im polnischen Olsztyn vor.

Hauptredner war der Europäische Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz Vytenis Andriukaitis. Mit Blick auf länderübergreifende Gesundheitsrisiken unterstrich Andriukaitis die Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere mit den östlichen EU-Nachbarn. Er begrüßte das Konzept der 24. BSPC-Jahreskonferenz 2015 in Rostock-Warnemünde, die durch den Landtag M-V ausgerichtet wird und deren Schwerpunkt Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen bilden werden.

Mit Sorge und Unverständnis sehen die Mitglieder des Ausschusses die Überlegungen der Generaldirektion der EU-Kommission für Regionalpolitik, das Themenfeld Gesundheit aus dem Aktionsplan der EU-Ostseestrategie zu

streichen. Die Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, will hierzu eine Initiative des Standing Committee starten.

Weitere Themen der Beratung waren die Finanzen und die Außendarstellung der Arbeit der Ostseeparlamentarier. An der Beratung in Brüssel nahmen Parlamentarier aus Mecklenburg-Vorpommern, Lettland, Litauen, Estland, der Russischen Föderation, Dänemark, Finnland, den Åland-Inseln, Norwegen, Schweden, dem Deutschen Bundestag, der Baltischen Versammlung und des Nordischen Rats teil.

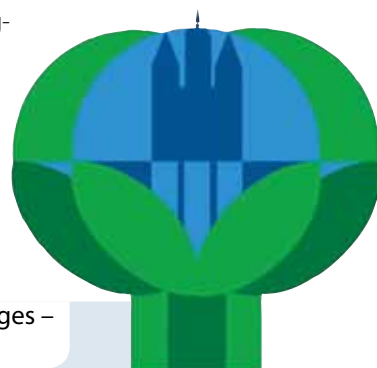
EU-Ausschuss der Regionen

Detlef Müller, Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages, wird auch künftig die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns im Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union vertreten. Am 11. und 12. Februar nahm er zusammen mit Justizministerin Uta-Maria Kuder an der 110. Plenartagung in Brüssel teil, bei der sich das Gremium für die 6. Mandatsperiode konstituierte.

Inhaltlich beriet der AdR unter anderem eine Stellungnahme zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA (TTIP), den Schutz geografischer Angaben auch für nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse sowie die EU-Abfallvorschriften.

Der Ausschuss der Regionen hat derzeit 353 Mitglieder aus allen 28 EU-Ländern. Deutschland entsendet

24 Vertreter, darunter aus Mecklenburg-Vorpommern Detlef Müller und Uta-Maria Kuder. Der Landtagsabgeordnete Andreas Texter und Wirtschaftsminister Harry Glawe sind stellvertretende Mitglieder.



Umweltpreis des Landtages – Bis 31. März bewerben!

In diesem Jahr vergibt der Landtag M-V zum 14. Mal seinen Umweltpreis zum Gedenken an den bedeutenden mecklenburgischen Naturforscher Ernst Boll. Das Thema der Ausschreibung lautet: „Initiativen zum Schutz und zur Entwicklung von Gewässern als Habitat und natürliche Ressource“. Erstmals wird der Umweltpreis in zwei Kategorien vergeben: als mit 15.000 Euro dotierter „Umweltpreis“ sowie als „Jugend-Umweltpreis“. Bei letzterem kann die Jury das Preisgeld von 10.000 Euro auf maximal drei Projekte aufteilen. Bewerbungen können noch bis zum 31. März 2015 eingereicht werden.

Infos und Bewerbung: Sekretariat des Agrarausschusses, Dr. Wolfgang Röhl, Tel. 0385 / 525-1560



Für den Rückbau wurden mit der Hagemann GmbH und der Neumühler Bauhütte Firmen aus M-V verpflichtet.

Plenarsaal-Bau liegt im Plan

Rückbau von Hunderten Tonnen Stahlbeton hat begonnen

Wer eine Vorstellung von dem neuen Plenarsaal bekommen will, muss sich vorerst mit dem Foto auf dem Bau-schild vor dem Schloss begnügen. Zwar ist im Innern vom ehemaligen Festsaal kaum noch etwas zu erkennen, aber bis zur ersten planmäßigen Landtags-Sitzung Anfang 2017 ist noch eine Menge zu tun. Der Startschuss für einen wichtigen Bauabschnitt erfolgte Ende Februar: zwei riesige Betonträger im Stockwerk über dem Festsaal wurden scheinbar nach draußen befördert. Insgesamt müssen rund 250 Tonnen Stahlbeton, die in den 1970er-Jahren in die Ruine des einstigen Goldenden Saals eingebaut worden waren, für den neuen Plenarsaal weichen.

Aller Anfang ist schwer, heißt es. In diesem Falle stimmt das sogar im Wortsinn: 300 Kilo wiegt so ein Betonklotz, wie ihn der Spezialschneider aus dem Betonträger herausägt. Rund 30 Minuten braucht er dafür, dann kann der Quader durch eine Deckenöffnung ins darunter liegende Stockwerk abgeseilt und schließlich über einen Bauaufzug aus dem Schloss befördert werden. Das dauert noch einmal eine halbe Stunde. „Am Tag schaffen wir sieben bis acht Blöcke“, erklärt Bauleiter Marek Sander. Bei zehn Metern Länge muss jeder Stahlträger in etwa 35 Blöcke zerschnitten werden.

Bis September sollen dann im gleichen Verfahren auch die Beton-Galerien aus dem Festsaal entfernt sein.



Fotos: Cornelius Kettler

Landtagsdirektor Armin Tebben erklärt die Rückbaumaßnahmen.

„Mit der Frage, wie wir die vielen Tonnen Beton aus dem Gebäude kriegen, ohne dass das Schloss statisch reagiert und ohne die Nutzer nachhaltig zu beeinträchtigen, haben wir uns lange beschäftigt“, erklärt Landtagsdirektor Armin Tebben. Entgegen den ursprünglichen Plänen, den Beton in großen Blöcken auszubauen, habe man sich für diese kleinteilige Lösung entschieden, die „sehr gebäude- und nutzerkompatibel“ sei, so Tebben.

Zur Statik gebe es umfangreiche Berechnungen. Durch ein baubegleitendes Belastungsmonitoring werde laufend überwacht, ob es Abweichungen zu den Statik-Berechnungen gibt. „Bisher hat es keine Abweichungen gegeben“, freut sich Tebben.

Auch beim Zeitplan und bei den Kosten liege man im Plan. Von der kalkulierten Gesamtsumme von 26,5 Millionen Euro fließen allein zehn Millionen in die Rückbaumaßnahmen und die Rekonstruktion des gesamten Schlossgartenflügels. Sieben Millionen kostet der neue Plenarsaal, weitere 4,5 Millionen sind für Lobby, Medien- und Besucherbereiche geplant. Als Puffer für mögliche Preissteigerungen und andere unvorhersehbare Probleme habe man 4,5 Millionen im Budget.

Foto: Landtag M-V



In der Lobby werden zurzeit Parkett-Varianten für den neuen Plenarsaal getestet.

Belastungstest

Im September soll der Innenausbau beginnen. Auch hierzu hat es bereits viele Vorüberlegungen gegeben. Zum Beispiel zum Fußboden. „Der Architekt plädiert für Holz“, erklärt Tebben. Aber hält das teure und empfindliche Material der intensiven Belastung stand? Hinterlassen nicht vielleicht die schicken Pfennigabsätze der Frauen im Parlament unschöne und bleibende Dellen im edlen Parkett? Wie sieht es mit der Pflege aus? Welche Kosten sind dafür einzuplanen?

Um verschiedene Oberflächenversiegelungen unter möglichst realen Bedingungen zu testen, wurden deshalb in der jetzigen Lobby einige Quadratmeter Parkett verlegt: Esche, auf vielerlei Weise bearbeitet – gewachst, geseift, geölt, lackiert, von einem satten Goldton über grünlich bis zu einem sehr hellen Beige. „Alle Abgeordneten, Mitarbeiter und Gäste des Landtages sind ausdrücklich aufgerufen, die Fläche intensiv zu beanspruchen“, betont Armin Tebben. Schließlich wolle man Erkenntnisse über die Strapazierfähigkeit der unterschiedlichen Beläge sammeln. Auch der Pflege- und Reinigungsaufwand werde geprüft. Der Test soll etwa ein halbes Jahr dauern.

Welches Material dann letztendlich für den neuen Plenarsaal ausgewählt wurde, kann man sich spätestens Anfang 2017 im Original anschauen. Dann nämlich soll der Landtag zum ersten Mal in seinem neuen Sitzungssaal tagen.

Parlamentsspiel

Abgeordnete für einen Tag – dieser Wunsch wurde für 34 Zehntklässler vom Recknitz-Campus Laage am 16. Februar Realität. Für ein Parlamentsspiel schlüpfen sie in die Rolle von Parlamentariern und lernten spielerisch den Weg eines Gesetzes von der Idee bis zu Abstimmung kennen.

Ihr Thema: Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen und Schulhöfen. Höhepunkt des Projekts war die Abschlussdebatte im Plenarsaal. Die Abstimmung fiel denkbar knapp aus: bei Stimmgleichheit von Befürwortern und Gegnern der Videoüberwachung galt der Antrag als abgelehnt, weil er keine Mehrheit im Parlament fand. Jenseits ihrer Rolle übri-gens sprachen sich die meisten Laager Schüler gegen Videoüberwachung aus.



Foto: Landtag M-V

Foto: Landtag M-V



Foto: Landtag M-V



Foto: Rainer Cordes/SKY



Am 29. Januar zeichnete der Verein CSD Rostock e.V. Sylvia Bretschneider mit dem „Couragepreis 2014“ aus. Die Präsidentin des Landtages erhielt den erstmals verliehenen Preis für ihre „Courage im Amt“. In der Plenarsitzung am 3. Juli 2014 hatte sie sich als amtierende Sitzungsleiterin gegen die Verächtlichmachung von Menschen wegen deren sexueller Orientierung gewandt und gegen mehrere NPD-Abgeordnete Ordnungsmaßnahmen verhängt. „Zum ersten Mal wurden in einem deutschen Parlament schwulen- und lesbenfeindliche Redner in ihre Schranken gewiesen“, begründete Vereinsvorsitzender Hannes Möller die Preisvergabe und dankte Sylvia Bretschneider ausdrücklich für „dieses klare Signal“. (Mitglieder des Vereins CSD Rostock e.V. und des Landesverbandes der Lesben und Schwulen in M-V „Gaymeinsam“ e.V. mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider im Schweriner Schloss.)

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hat in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des landesweiten Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ im Februar den Verantwortlichen und Mitarbeitern des Senders Antenne MV eine Demokratieaktie im Nennwert von 500 Euro überreicht. Geschäftsführer Robert Weber (3.v.r.) und Programmchef Gerrit Kohr nahmen das Wertpapier beim Besuch im Funkhaus entgegen. Mit dem Erwerb der Aktie unterstützt das Privatradio Demokratieprojekte in unserem Bundesland. Im vergangenen Jahr hatte Antenne MV mit Spots für die Aktie geworben.

Am 24. Februar hat die Sky Deutschland Service Center GmbH Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden zu einem Parlamentarischen Informationsabend in das Schweriner Schloss eingeladen. Dr. Jörg E. Allgäuer, Vice President Corporate Communications, stellte den rund 60 Gästen das Unternehmen vor. In ihrem Grußwort unterstrich Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider die Bedeutung von Sky Deutschland für Mecklenburg-Vorpommern. In Schwerin beschäftigt das Unternehmen 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bretschneider würdigte die erfolgreiche Entwicklung und das soziale Engagement des Unternehmens.

v.l.: Bei einer Podiumsdiskussion thematisierten Johannes Saalfeld (B'90/DIE GRÜNEN), Helmut Holter (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE), Vincent Kokert (Fraktionsvorsitzender CDU), Heinz Müller (Parlamentarischer Geschäftsführer SPD-Fraktion) und Lutz Reulecke (Sky Deutschland) die Medienpolitik am Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern.

Große Freude bei den kleinen Kickern vom FSV NordOst Rostock e. V.: den Erlös der Landtags-Weihnachtsfeier bekommt in diesem Jahr ihr Verein! Den Scheck über 1762 Euro brachten Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Vizepräsidentin Regine Lück am 19. Februar höchstpersönlich vorbei. Das Geld kann der Verein gut gebrauchen, vor allem fehlt ein turnierfähiger Sportplatz. Der Breitensportverein zählt 540 Mitglieder, zumeist Kinder und Jugendliche aus Dierkow und Toitenwinkel. Der FSV NordOst engagiert sich neben der eigentlichen Vereinsarbeit in sozialen Projekten, ist in Schulen präsent und gilt in der Kinder- und Jugendarbeit der Region als feste Größe.

Foto: Danny Gohlke

